

Palästina —Info



- 3 **Gaza am Abgrund**
- 7 **Das Leiden
im Westjordanland**
- 10 **Gaza Voices**
- 15 **Hasbara: Desinfor-
mation als Waffe**
- 20 **Mobilisierungen
an Unis**
- 27 **Historisches
Rechtsgutachten
des IGH**
- 28 **BDS nicht nur
ein Recht, sondern
eine Pflicht**
- 31 **Lektüre**
- 34 **Repression aus
Gründen
der Staatsräson**

Editorial

Es sind Bilder des Horrors, die uns laufend – immer noch, wenn wir es denn wollen – die Realität in Palästina und neuerdings auch im Libanon vor Augen führen. Wir konsumieren täglich Social Media, lesen Artikel von Palästinenser:innen auf **Mondoweiss** und sind dankbar für die mutigen Journalist:innen aus Gaza oder von **+972**, die unter schwierigen Umständen viele unhaltbare Missstände ans Licht bringen. Und dennoch, auch für diese Nummer wussten wir nicht, wo anfangen, fassungslos angesichts der Gewalt vor Ort und der Ignoranz der Welt. Wo bleibt das Recht auf Selbstbestimmung, Gleichheit, wo bleibt die Menschlichkeit, möchten wir schreien.

In dieser Nummer schauen wir zuerst nach **Palästina**, nach Gaza, wo alle gesellschaftlichen Strukturen (u.a. in den Bereichen Bildung, Medien, Gesundheitsversorgung, Friedensförderung, Ökologie) komplett und gezielt ausgeschaltet werden. Wir schauen aber auch ins Westjordanland. Im Schatten der Angriffe in Gaza erlebt die Vertreibung der Palästinenser:innen auch dort ein nie dagewesenes Ausmass: Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht, Invasionen bringen viele Tote und Verletzte mit sich, die Palästinenserbehörde steht kurz vor dem Kollaps, da Israel die einbehaltenen Steuergelder nicht auszahlt und somit keine Löhne etc. überwiesen werden können. Und radikale Siedler:innen sitzen längst an den Hebeln der Macht und machen, was sie wollen. Neben all dem ist die verschärfte Militarisierung der israelischen Gesellschaft brandgefährlich.

Wir schauen nach **Europa**, wo die Proteste für ein freies Palästina unterdrückt werden und politische und strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen. Gerade die Aktionen an den Unis haben gezeigt, wie unreflektiert – oder den Eigeninteressen verbunden – unsere eigenen Systeme funktionieren. In einem Bericht vom 9. Juli 2024 sieht Amnesty International das Recht auf Meinungsfreiheit in Europa, inklusive der Schweiz, weiter eingeschränkt.

Auf unserer demnächst erneuerten **Webseite** finden sich Hinweise auf Artikel, die in der Printversion keinen Platz fanden, uns aber wichtig genug erscheinen, um mit Informationen gegen die Ohnmacht anzukämpfen. Bleiben wir aktiv!

Für die Redaktion

Agnes Küng, Birgit Althaler, Jenny Bolliger, Hanspeter Gysin, Jenny Hut, Martina Guggenbühl, Robin Walz

Palästina-Info Herbst 2024

Auflage: 3000 dt., 1000 frz.

Herausgeberin:

Palästina-Solidarität Region Basel,

Mattweg 25, 4144 Arlesheim

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch



IBAN CH31 0900 0000 4075 6856 2

Die ausgewählten Bilder stehen stellvertretend für die weltweite Solidarität mit den Palästinenser:innen. Sie stammen von Wikimedia Commons und wurden unter einer CC BY-SA 4.0 Lizenz (www.creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0) veröffentlicht.

Gestaltung: Maxim Staehelin & Yves Graber

Druck: Druckhaus Sportflieger

Gaza am Abgrund

Wie Israel aktuell versucht, seinen lang gehegten Plan zu Ende zu führen: die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung und die Zerstörung von deren historischer, kultureller und sozialer Identität.

Es ist heute fast unmöglich, sich Gaza als einen blühenden Hafen am glitzernden Mittelmeer vorzustellen, wo im Laufe der Jahrtausende der Menschheitsgeschichte ein reicher sozioökonomischer Austausch stattfand. Dennoch war Gaza über Jahrtausende ein wichtiger Zwischenstopp auf der Landroute zwischen Afrika, Asien und Europa. Während Karawanen aus Jemen und Oman mit Weihrauch und Myrrhe Gaza erreichten, liefen mit Amphoren beladene Segelschiffe mit Getreide, Trockenfrüchten, Gemüse und Wein vom alten Hafen Anthedon aus. Seide aus dem fernen China und duftende Hölzer und Gewürze aus Indien zogen auf ihrem Weg in die griechisch-römische Welt vorbei. Gaza war ein einzigartiger Treffpunkt zwischen den Zivilisationen, Religionen und Kulturen, was zahlreiche archäologische Funde beweisen.

Auch aus späteren Zeiten gibt es genügend Berichte und auch Fotos, die das reichhaltige Leben in Palästina vor der Nakba («Katastrophe») 1947/48 dokumentieren, als ungefähr 500 palästinensische Dörfer von den israelischen Milizen zerstört, rund 750 000 Menschen vertrieben und Tausende weitere getötet wurden. Die damalige Nakba war der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses, der mit der Balfour-Erklärung begann. Darin versprachen die Briten 1917, in Palästina die von der zionistischen Bewegung angestrebte Errichtung einer jüdischen «Heimstätte» zu erlauben. Dieser Schritt, der ohne Rücksprache mit der einheimischen palästinensischen Bevölkerung erfolgte, ebnete den Weg für den Versuch der endgültigen Auslöschung einer ganzen Gesellschaft, dessen Zeug:innen wir nun sind.

Israel hatte schon immer versucht, die Geschichte der Nakba zu verschleiern, denn deren Leugnung ermöglichte es dem Staat, den Mythos «ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» zu verbreiten, dass also seine Staatlichkeit auf einem leeren Landstreifen entstand und nicht auf der Asche eines anderen Volkes. Doch dieser gefälschten Geschichtsschreibung wird trotz staatlicher Zensur je länger desto weniger Glauben geschenkt. Inzwischen gibt es eine nicht unwesentliche Anzahl auch israelischer Historiker:innen, die den Gründungsmythos Israels entlarven.

Nachdem Israel feststellen musste, dass trotz aller jahrzehntelanger Bemühungen, mit ethnischen Säuberungen, Massakern, Diebstahl indigenen Landes, Ausbeutung und Apartheid, die anvisierten Ziele der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, der vollen Kontrolle über das ganze Gebiet des historischen Palästinas und der Errichtung eines rein jüdischen Staats bislang nicht wie gewünscht erreicht werden konnten, wurde die «günstige» Gelegenheit nach den Attacken vom 7. Oktober 2023 aus Gaza dazu benutzt, zum «Endspiel» anzusetzen. Dabei ging und geht es nicht in erster Linie um die Zerstörung der Hamas und die Befreiung der israelischen Geiseln, sondern darum, den kleinen Gazastreifen und nun verstärkt auch das übrige besetzte Gebiet Palästinas in ein für die palästinensische Bevölkerung unbewohnbares Gebiet zu verwandeln und anschliessend Israel einzuverleiben. Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte es zu Beginn des Rachefeldzuges so: «Wir verhängen eine vollständige Belagerung von Gaza. Kein Strom, kein Essen, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir bekämpfen menschliche Tiere und werden entsprechend handeln.»

Diesem Motto wird seither Folge geleistet, indem fast pausenlos und systematisch dicht besiedelte städtische Gebiete, die Infrastruktur und Agrarflächen bombardiert werden. Nach über zehn Monaten des Vernichtungskriegs Israels sehen wir anstelle von ehemals mit Leben erfüllten Städten und Dörfern, von blühenden Obstgärten und Erdbeerfeldern, die einst der Stolz der Bewohner:innen Gazas waren, eine apokalyptische Landschaft, wo laut UNWRA mehr als 70 Prozent der öffentlichen Infrastruktur (Strassen, Wasserquellen, sanitäre Anlagen, Rathäuser, Universitäten, Schulen, Spitäler, Museen, archäologische Stätten, Moscheen, Kirchen, Bibliotheken, Archive, Sportstadion) sowie Industrieanlagen, Läden, private Wohngebäude, Ackerland und landwirtschaftliche Infrastruktur durch über 80 000 Tonnen Bomben beschädigt oder zerstört wurden, wo über 90 Prozent der 2,2 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung wie Schachbrettfiguren von einem unsicheren Ort zum anderen vertrieben und in immer kleinere Landstriche gedrängt werden (bis August 2024 auf 11 Prozent des Territoriums von Gaza), wo inzwischen mehr als 40 000 Menschen, mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Personen sowie ganze Grossfamilien, aber auch mindestens 500 Angehörige des medizinischen Personals, 132 Journalist:innen, 9000 Schüler:innen und Studierende, Professor:innen, Intellektuelle, Künstler:innen getötet sowie Hunderttausende verletzt wurden, wo noch Zehntausende Menschen unter den Trümmern begraben sind, wo über 17 000 Kinder einen oder beide Elternteile verloren haben und etwa 20 000 als vermisst gelten, wo mehr als 5000 Menschen, insbesondere Männer jeglichen Alters, darunter etwa 310 Ärzte und Pfleger, festgenommen und in die Folterlager ausserhalb des Gazastreifens verschleppt wurden, wo humanitäre Hilfe anhaltend behindert wird, wo Israel die Bevölkerung im hermetisch abgeriegelten Gazastreifen bewusst dem

Tod durch Hunger, Durst, Krankheiten und fehlende medizinische Versorgung aussetzt, wo die schrecklichen Lebensumstände, die Zerstörungen, die Vergiftung von Boden, Wasser, Luft durch israelische Munition, die ungeklärten Abwässer und die inzwischen etwa 330 000 Tonnen Müll auch in Zukunft katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt haben werden.

Zahlreiche Expert:innen auch von UNO und Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftler:innen und Politiker:innen bezeichnen das Vorgehen Israels als Völkermord, was gemäss der UN-Völkermordkonvention von 1948 als schlimmstes aller Verbrechen gilt und u. a. Handlungen beinhaltet, die mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Dies ist im Gazastreifen, wie unzählige Belege nahelegen, zweifellos der Fall, auch wenn der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Fall Südafrikas gegen Israel, dem sich inzwischen zwölf weitere Länder angeschlossen haben, in seinem vorläufigen Urteil lediglich von der plausiblen Gefahr eines Völkermords in Gaza spricht.

Der ursprünglich vom polnisch-jüdischen Anwalt Raphael Lemkin für die Beschreibung der Ermordung von Jüd:innen und anderen Gruppen durch die Nazis während des Holocausts geprägte juristische Begriff Völkermord oder Genozid ist ein im Völkerrecht definiertes Verbrechen. Dies gilt nicht bei den anderen im Gazastreifen nachgewiesenen Formen der Zerstörung der Lebensgrundlagen für Mensch und Umwelt wie Urbizid oder Domizid, Ökozid und Scholastizid. Diese stellen gemäss Genfer Konvention und Römischem Statut jedoch allesamt gravierende Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte dar. Deshalb müssen die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und des Internationalen Gerichtshofs (IGH) dringend fortgesetzt und Israel schlussendlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dies sind wir, die internationale Gemeinschaft, der palästinensischen Bevölkerung nach all dem ihr zugefügten Leid schuldig.

Vorderhand ist eine permanente Waffenruhe im Gazastreifen trotz aller ernst gemeinter, aber auch scheinheiliger Bemühungen nicht in Sicht, denn die israelischen Regierungen haben sich noch nie von den zahlreichen UN-Resolutionen sowie den Ermahnungen internationaler Gerichtshöfe und Politiker:innen beeindrucken lassen. Dies ist auch nicht verwunderlich, da die andauernden Völkerrechtsverletzungen bis anhin kaum spürbare Konsequenzen für Israel und seine Regierungsvertreter:innen hatten. Im Gegenteil, die bisherige, vor allem von den USA garantierte Straffreiheit ermöglichte es israelischen Parteien, Politiker:innen, Militärs und Siedler:innen bereits Jahre vor dem 7. Oktober 2023, mit einer zweiten Nakba, der «Vollendung der Arbeit», zu drohen und zu verlangen, dass der Gazastreifen rekolonisiert und in ein neues Singapur oder Dubai verwandelt wird. Das israelische Misgav Institute for National Security & Zionist Strategy veröffentlichte am 13. Oktober 2023 beispielsweise

einen durch die Likud-Partei, Geheimdienstminister Gila Gamliel und einige US-Kongressabgeordnete unterstützten Vorschlag, die 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen auf die Sinai-Halbinsel zu vertreiben. Darin heisst es: «Es besteht derzeit die einmalige und seltene Gelegenheit, den gesamten Gazastreifen zu evakuieren.» Im Dezember 2023 schaltete die israelische Immobilienfirma Harey Zahav Anzeigen für zukünftige Häuser und Wohnungen am Strand von Gaza. Auch Jared Kushner, der Schwiegersohn von Donald Trump, meinte, die Uferpromenade von Gaza könne sehr wertvoll sein und er sei an der Entwicklung von Ufergrundstücken interessiert, während Israel den Gazastreifen «aufräumt».

Aber auch Regierungschef Benjamin Netanjahu selbst treibt die zionistischen Pläne mit Hochdruck weiter voran. So präsentierte er etwa im Jahr 2023 in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung eine Landkarte vom zukünftigen «Grossisrael», wo der Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem ein Teil Israels sind. Am 3. Mai 2024 stellte Netanjahu schliesslich einen dreistufigen Masterplan «Gaza 2035» vor, der die «Transformation des Gazastreifens», einen «Wiederaufbau aus dem Nichts [...] von der Krise zum Wohlstand» beschreibt, dessen Ziel eine «Gaza-Arish-Sderot Free Trade Zone» ist – ein «entradikalisiertes» und von der Hamas befreites Gebiet, wo den Palästinenser:innen zwar eine gewisse «Selbstverwaltung», jedoch keine eigene Staatlichkeit gewährt würde. Israel hätte das alleinige Sagen. Mit der Ausbeutung der riesigen Gas- und Erdölvorkommen vor der Küste des Gazastreifens sowie unterhalb des Westjordanlands, dem Bau von neuen Eisenbahnlinien nach Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien, der Ansiedlung von neuen Tech-Firmen, Fabriken etc. würden sich für Israel enorme wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten ergeben. Vorgeschlagen wird schliesslich, dass dieses Modell auch für Jemen, Syrien und den Libanon angewendet werden könnte.

Wie kann da noch jemand behaupten, dass es keine Beweise für eine genozidale Absicht Israels gibt? Schon nur dieser erschreckende Plan sollte Beweis genug und ein endgültiger Weckruf für die Welt sein.

Es ist in unser aller Verantwortung, diesem menschenverachtenden Treiben ein sofortiges Ende zu setzen, bevor es Netanjahu auch noch gelingt, die ganze Region in einen Krieg hineinzuziehen. Dazu muss der Druck auf unsere Parlamente und Regierungen erhöht werden, damit diese einen sofortigen Waffenstillstand verlangen und die aktuellen Empfehlungen und Forderungen des UN-Menschenrechtsrats sowie des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag vom 19. Juli umsetzen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ging mit der Beantragung von Haftbefehlen gegen Netanjahu und den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant schon einmal mit gutem Beispiel voran.

Mit dem aktuellen Rechtsgutachten des IGH könnte sich das Blatt langsam wenden, auch wenn Israel dieses einmal mehr ignoriert. Da das Gericht die rechtlichen Verpflichtungen von Drittstaaten jedoch klar

benennt, wächst der Druck, wenn sie sich nicht mit-schuldig machen wollen. Es ist absehbar, dass noch mehr Länder von Waffenlieferungen an Israel absehen, sich Boykotten anschliessen und Sanktionen gegen Israel verhängen sowie den diplomatischen Schutz und den Israel gewährten bevorzugten Status in Handel, Forschung, Kultur und Sport überdenken werden. Mehr und mehr multinationale Konzerne, Banken, Pensionsfonds und Universitäten könnten ihre Investitionen zurückziehen und die Zusammenarbeit aufkündigen. Für staatliche Gerichte wird es schwieriger, die Meinung des IGH zu ignorieren und Solidaritätsaktivist:innen, Boykottbewegungen und kritische Medien zu bestrafen. Auch dem IStGH können in Zukunft weniger Steine in den Weg gelegt werden, wenn er Haftbefehle gegen israelische Politiker, Militärs und Beamte ausstellen will.

Eine wichtige Hürde auf dem steinigen Weg zu Frieden und Gerechtigkeit in Palästina/Israel und zur Stärkung des Internationalen Rechts wurde nun also durch die rechtliche Absicherung des IGH, der voraussichtlich noch weitere folgen werden, eliminiert. Bis zum Erreichen des Ziels braucht es aber weiterhin unser aller Engagement und die Verstärkung des Drucks auf die Politik, wie das bereits seit Monaten Millionen von Menschen weltweit tun.

-
- www.mondoweiss.net/2024/06/israels-progression-from-apartheid-to-genocide
 - www.middleeastmonitor.com/20240629-un-rapporteur-no-other-term-but-genocide-can-be-used-to-express-gaza-situation
 - www.middleeastmonitor.com/20240604-the-illusion-of-safe-zones-the-human-cost-of-gazas-conflict
 - www.reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/gaza-missing-children-over-20000-children-estimated-be-lost-disappeared-detained-buried-under-rubble-or-mass-graves-0
 - www.theguardian.com/world/article/2024/jun/07/united-nations-israel-children-rights-violation
 - www.palestine-studies.org/en/node/1655123
 - [Destruction of Cultural Heritage in Gaza](https://www.aljazeera.com/news/2024/7/3/genocide-ur-bicide-domicide-how-to-talk-about-israels-war-on-gaza)
 - www.aljazeera.com/news/2024/7/3/genocide-ur-bicide-domicide-how-to-talk-about-israels-war-on-gaza
 - www.theguardian.com/world/article/2024/jun/06/rebuilding-gaza-climate-cost
 - www.en.wikipedia.org/wiki/Environmental_damage_caused_by_the_Israel%E2%80%9333 Hamas_war
 - www.en.wikipedia.org/wiki/Casualties_of_the_Israel%E2%80%9333 Hamas_war#Health_and_aid_workers
 - www.theguardian.com/commentisfree/article/2024/jun/08/israel-destroying-schools-scholasticide
 - www.en.wikipedia.org/wiki/Killing_of_journalists_in_the_Israel%E2%80%9333 Hamas_war
 - www.archpaper.com/2024/05/benjamin-netanyahu-unveils-regional-plan-free-trade-zone-rail-service-neom
 - www.ohchr.org/en/press-releases/2024/07/experts-hail-icj-declaration-illegality-israels-presence-occupied
 - www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-pre-01-00-en.pdf



RISD-Studierende besetzen und verbarrikadieren das Verwaltungsgebäude der Designschule in Rhode Island (USA), 6. Mai 2024. Foto: Kenneth C. Zirke1.

Im Schatten von Gaza: Auch Palästinenser:innen im Westjordanland leiden

Im Flüchtlingslager Jalazone nördlich von Ramallah sitzt eine Gruppe von jungen Männern in einem Café und spielt Karten. Sie sprechen miteinander, trinken Kaffee, rauchen Shisha. Vom Krieg ist auf den ersten Blick nichts zu spüren. So scheint es zumindest.

Plötzlich werden sie vom Schrei eines Kindes unterbrochen. Das Kind weint, ist verängstigt, weil es gerade einen Panzer gesehen hat. Das israelische Militär ist eben ins Flüchtlingscamp eingedrungen, nur einige Strassen vom Café entfernt.

Die starke Zunahme an Razzien der israelischen Armee ist nur einer von zahlreichen Aspekten, wie sich der Krieg auf die Palästinenser:innen im Westjordanland auswirkt. Massenverhaftungen, zunehmende Siedlergewalt und eine Wirtschaftskrise machen das dortige Alltagsleben seit dem 7. Oktober unerträglich.

Militärische Vorstösse

Die jungen Männer nehmen ihre Karten wieder in die Hand. Sie zeigen sich unbeirrt. Die Gelassenheit, mit der sie auf den israelischen Einmarsch reagieren, ist auffallend. Aus gutem Grund: Sie sind das gewohnt. Schon vor dem 7. Oktober gehörte das Eindringen israelischer Einheiten in palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager – auch in Area A – zu ihrem Alltag.

Dennoch haben diese militärischen Einsätze seit Kriegsbeginn eine neue Dimension erreicht, einerseits in ihrer Häufigkeit, andererseits in ihrer Intensität. Seit dem 7. Oktober wurden im Westjordanland – inklusive Ostjerusalem – bereits über 600 Palästinenser:innen getötet¹, mindestens 115 davon Kinder². Fast ein Viertel aller Opfer wurde durch Luftangriffe getötet – eine Taktik, die Israel in den letzten zwei Jahrzehnten eigentlich nur im Gazastreifen anwendete, seit über einem Jahr aber auch vermehrt im Westjordanland. Zudem hat Israel um die 10 000 Palästinenser:innen verhaftet.³

Selbst Ramallah – vor dem Krieg einer der wenigen palästinensischen Orte, von wo sich das israelische Militär gemeinhin fernhielt – bleibt von den Militäreinsätzen nicht verschont. Die verkohlten Stände des Gemüsemarkts im Zentrum der Stadt sind eine ständige Erinnerung an den Brand, den israelische Soldat:innen bei einem Angriff im Mai verursachten. Im Hauptvisier Israels stehen allerdings die Flüchtlingslager, besonders diejenigen im Norden des Westjordanlandes. Sie gelten als Hochburgen palästinensischen Widerstands, den Israel mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht⁴ – auch mit Einfällen in Gebiete, in denen die israelische Armee nach Bestimmungen des Oslo-Abkommens gar nichts verloren hat.

Im Jalazone Camp bleibt es an diesem Abend, abgesehen vom weinenden Kind, ruhig. Die Bewohner:innen dürfen sich glücklich schätzen, nicht noch weitere Märtyrer:innen begraben zu müssen.

Siedlergewalt

Eine besonders starke Auswirkung des Krieges auf das Westjordanland ist die zunehmende Siedlergewalt –

ein Phänomen, das schon lange vor Kriegsausbruch Realität war, sich seither aber massiv zugespitzt hat. Die Siedler:innen, inspiriert vom genozidalen Vorgehen ihrer Landsleute im Gazastreifen, angetrieben durch Rache- und Expansionsgelüste nach dem 7. Oktober und geschützt durch das eigene Militär, lassen ihren Emotionen im Westjordanland freien Lauf.

Ein Besuch im «Youth Village», einem von Freiwilligen errichteten Ökodorf in Kufr Ni'ma, das sich wenige Kilometer nordwestlich von Ramallah befindet, vermittelt einen ersten Eindruck von der Zerstörungswut der Siedlergewalt. Am Vortag sind Siedler:innen der benachbarten Siedlung Sde Ephraim ins Dorf gestürzt und haben mehrere Bäume gefällt. Solche Angriffe gab es bereits in den vergangenen Wochen und Monaten. Darauf deuten die zerschmetterten und mit Einschusslöchern versehenen Glasfenster und -türen hin, die überall im Dorf zu sehen sind.

Setzt man Randalie wie diese in den weiteren Kontext zunehmender Siedlergewalt, sind sie harmlos. Bei den 1250 Angriffen von israelischen Siedler:innen auf Palästinenser:innen, die seit dem 7. Oktober dokumentiert sind,⁵ wurden mindestens zehn Menschen getötet – bei sieben weiteren ist unklar, ob Soldat:innen oder Siedler:innen für ihren Tod verantwortlich waren. Über Hundert Palästinenser:innen wurden bisher verletzt. Zudem sind etwa 1500 Menschen, die Hälfte davon Kinder, von ihrem Zuhause vertrieben worden.⁶

Der Staat Israel reagiert auf die Siedlergewalt mit nicht mehr als einem Schulterzucken. Gewalttätige Siedler:innen kommen in der Regel unbestraft davon. Und werden für ihre Verbrechen sogar belohnt – schliesslich ist jüdische Besiedlung seit 2018 ein «nationaler Wert» (Nationalstaatsgesetz).

Wenige Tage vor unserem Besuch im «Youth Village» entschied das israelische Regierungskabinett, fünf neue Siedlungen zu etablieren, darunter auch die eben erwähnte Siedlung Sde Ephraim, die zuvor als «Outpost» sogar nach israelischem Recht illegal war.⁷ So wurden die Siedler:innen von Sde Ephraim nach ihren Verbrechen mit der Legalisierung der Siedlung belohnt – und dankten der Regierung einige Tage später mit weiteren Verbrechen.

Der Internationale Gerichtshof hat am 19. Juli 2024 bekräftigt, dass Israels andauernde Besetzung der palästinensischen Gebiete völkerrechtswidrig ist, und den Staat aufgefordert, alle Siedler:innen aus dem Westjordanland zu evakuieren. Die UN-Vollversammlung hat dieses Rechtsgutachten bekräftigt und Israel aufgefordert, die Siedlungen innerhalb eines Jahres zu räumen. Dessen ungeachtet führt die israelische Regierung ihre expansive Siedlungspolitik fort.

Wirtschaftliche Lage

Auch die wirtschaftliche Lage hat sich im Westjordanland seit Kriegsausbruch massiv verschlechtert. So sind in dem Gebiet seither laut der Weltbank⁸ etwa 144 000 Arbeitsstellen verloren gegangen. Weitere 148 000 Palästinenser:innen, die vor dem 7. Oktober

täglich nach Israel pendelten und im dortigen Arbeitsmarkt beschäftigt waren, haben ebenfalls ihren Job verloren, weil Israel ihnen die Bewilligungen entzogen hat.

Nach dem 7. Oktober hielt die israelische Regierung monatelang palästinensische Zolleinnahmen zurück, welche sie im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) einzieht und dieser normalerweise überweist. Hunderttausenden Angestellten der PA wurde der Lohn gestrichen oder gekürzt.⁹

Diese beiden israelischen Sanktionsmassnahmen führten dazu, dass die palästinensische Wirtschaft im Westjordanland kurz vor dem Kollaps stand. Schliesslich bilden die Gehälter der PA und der palästinensischen Arbeitskräfte, die in Israel beschäftigt sind, das Rückgrat dieser Wirtschaft.

Inzwischen wurde ein Teil der Zolleinnahmen freigegeben und etwa 40 000 Palästinenser:innen dürfen wieder in Israel arbeiten. Dennoch haben die Massnahmen zu einer Inflation geführt, von der viele Palästinenser:innen im Westjordanland stark betroffen sind.

1 www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/humanitarian-situation-update-207-west-bank

2 www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/humanitarian-situation-update-204-west-bank

3 www.addameer.org/statistics

4 www.aljazeera.com/news/2024/8/28/israels-war-on-the-west-bank

5 Siehe Fussnote 2.

6 www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/humanitarian-situation-update-201-west-bank

7 www.timesofisrael.com/cabinet-okays-legalizing-5-outposts-sanctioning-pa-officials-minister-says/

8 www.tinyurl.com/ImpactsPalestinianEconomy

9 Ebd.

10 www.theguardian.com/world/article/2024/aug/23/israel-restrictions-stifle-west-bank-economy

11 Siehe Fussnote 8.



Gespräch zwischen Maha Shahwan, einer 39-jährigen Journalistin aus Gaza-Stadt, und Nour Naeem vom Projekt Gaza Voices. Das Gespräch fand am 13. April 2024 statt, zwei Wochen nach der Flucht von Maha Shahwan und ihrem Ehemann nach Ägypten.

Maha Shahwan: Ich wusste lange Zeit nichts über mein Haus. Die Leute sagten mir, es sei noch intakt, und ich schämte mich, anderen zu erzählen, dass mein Haus noch in Ordnung sei. Dann schickte mir mein Bruder Bilder, und es war völlig zerstört, bombardiert, nichts ist übriggeblieben. Ich vermisse alles an meinem Zuhause – in der Küche zu stehen, Geschirr zu spülen, zu kochen.

Ich vermisse die Tassen, die ich für Kaffee benutzt habe. Die Ecke, in der ich gewöhnlich gesessen und mein Lieblingsgemälde betrachtet habe. Jeden Morgen stand ich auf dem Balkon und sah das Meer. Ich dankte Gott dafür, dass ich es jeden Tag sehen konnte. Ich vermisse das Geräusch der Gasverkäufer. Die Kinder, die in unserem Gebäude gespielt haben.

Nour, ich habe keine Kinder. Ich habe es oft versucht, aber während des Krieges habe ich Gott erstmals gedankt, dass ich keine Kinder habe. Wenn ich Kinder gehabt hätte, wie hätte ich für ihre Windeln, Milch, ihre grundlegenden Bedürfnisse sorgen können?

Unsere Leute lieben das Leben. Gaza ist der schönste Ort der Welt, ein Paradies auf Erden. Gaza – ich bin viele Male gereist, nach Grossbritannien, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien. Aber ich habe nie etwas Schöneres als Gaza gesehen. Gaza ist Leben. Um das Leben zu verstehen, musst du nach Gaza zurückkehren. Plötzlich, schlagartig, wurde alles ausgelöscht. Es gibt keine einzige Strasse mehr. Die Strassen, auf denen du gegangen bist, sind verschwunden. Unsere Erinnerungen, unsere Freunde, die Steine, mit denen alles gebaut ist. Wer sagt, dass nur die Seele wichtig ist, der irrt. Ich sage, die Steine sind genauso wichtig wie die Seele, denn die Steine bewahren unsere Erinnerungen, die Kleinigkeiten unseres Lebens.

Als ich in Ägypten ankam, dachte ich noch, ich würde Freude und Erleichterung empfinden. Aber es sind zwei Wochen vergangen und ich konnte es überhaupt nicht genießen. Obwohl das Leben hier normal ist und die Menschen ihr Leben leben.

Ich ging in den Supermarkt. Es war nicht wie die Supermärkte in Gaza. Ich sah meine Lieblingsfrucht, Kiwi. Ich nahm die Kiwi in die Hand, fühlte sie, und liess sie liegen. Denn ich dachte an meine Familie. Mein Neffe ist zwei Jahre alt und meine Nichte ist kaum ein Jahr alt. Sie wissen nicht, wie Obst schmeckt. Stell dir vor, wir haben eine Enkelin, die dreieinhalb Jahre alt ist und für Wassermelonen und Äpfel betet! Wie kann ich Wassermelonen und Äpfel essen, wenn sie es nicht kann?

Mit der Abreise haben wir Schuldgefühle entwickelt. Immer fühlen wir uns wie Verräter. Ich habe hier eine Wohnung in einer ruhigen, schönen Anlage bekommen. Jeden Morgen wache ich auf, öffne die Balkontüre, schaue auf die Häuser und denke: Sie sind nicht

zerbommt. Ich sehe Blumen und denke: Es gibt keine Blumen dort drüben, keine intakten Häuser. Manchmal wache ich mitten in der Nacht auf und schimpfe mit mir selbst, weil ich zwei oder drei Stunden am Stück geschlafen habe. Ich sollte nicht schlafen, während meine Mutter, mein Vater und meine Geschwister nicht schlafen! Manchmal verbringe ich in Ägypten einen ganzen Tag und esse nur eine Dattel. Selbst wenn ich Kaffee trinke, fühle ich mich wie eine Verräterin.

Alle, die abgereist sind, wissen, dass es nicht umsonst war. Wir mussten viel Geld zahlen, um wegzukommen. Man bezahlt einen erheblichen Betrag, um sein Leben zu retten; man zahlt 5000 oder 6000 Dollar. Aber an der Grenze fragte ich mich nur, wann der Krieg enden würde. Und ich sagte meinem Mann neben mir immer wieder: «Wenn sie heute Nacht verkünden, dass der Krieg vorbei ist, schwöre ich, ich werde zurückkehren.» Ich möchte zurück, ein Zelt auf den Trümmern meines Hauses aufschlagen, auf meinem Land bleiben.

Die meisten Menschen, die ich gefragt habe, würden zurückkehren. Und wenn Leute wirklich draussen bleiben wollten, Nour, dann wären sie nach Europa oder in andere Länder gegangen. Aber viele Menschen aus Gaza bleiben in Ägypten – vorübergehend. Wir alle bleiben vorübergehend. Wir wollen nach Gaza zurückkehren. Wenn ich in Al-Arisch, dem nächstgelegenen Ort, oder im ägyptischen Rafah bleiben könnte, würde ich dort bleiben und auf die Rückkehr nach Gaza warten. Auch wenn ich allein bleiben müsste. Auch wenn mein Mann nicht zurückkehren möchte, will ich zurückkehren. Selbst wenn meine Familie fortgehen möchte, werde ich zurückkehren.

Nour Naeem: Okay, natürlich denkst du, dass Gaza noch genauso ist wie früher, mit seinen Strassen und seiner ganzen Schönheit. Mit der Al-Rashid-Strasse und den Restaurants. Mit dem Hummus von Al Khuzindar und dem Falafel von Al-Sousa. All das ist jetzt verschwunden. Wenn du nach dem Krieg nach Gaza zurückkehrst, was erwartest du dort?

Maha Shahwan: Weissst du, trotz der Videos und Bilder, die ich gesehen habe, kann ich es nicht akzeptieren. Gaza, die Stadt, in der ich 37 Jahre gelebt habe und aufgewachsen bin – ich weigere mich, die Realität anzuerkennen. Ich stelle mir vor, dass ich zurückkehren und Al-Sousas Falafelladen sehen werde und alles noch da sein wird. Der Eisladen al-Amir, die Süßigkeitengeschäfte Al-Saqqā und Al-Saud, das Restaurant Zahran, unsere Strasse, das Al-Shifa-Krankenhaus. Der Ort, an dem ich immer meine beste Freundin getroffen habe. Alles wird da sein. Ich kann den Bildern nicht glauben. In meiner Vorstellung bleibt Gaza unverändert, selbst wenn die Bilder echt sind. Ich sage, Gaza wird sich wieder erholen, es wird wie ein Phönix aus der Asche auferstehen. Das ist Gaza.

Du hast mich gefragt, ob ich eine besondere Erinnerung habe. Einen Tag vor dem Krieg war ich zu einer Hochzeit eingeladen. Ich besuche selten Hochzeiten,

und wenn ich es tue, bleibe ich höchstens 15 Minuten, grüsse alle und gehe wieder. Doch bei dieser Hochzeit bin ich drei Stunden geblieben, Nour, ganze drei Stunden! Bis etwa 22.30 Uhr. Ich habe mitgefeiert, getanzt, obwohl meine Beziehung zum Brautpaar distanziert ist. Ich habe mit Menschen getanzt, die ich kaum kannte.

Um 22.30 Uhr schlug mein Mann vor, ins Restaurant neben der Hochzeitsfeier zu gehen, um eine Pizza oder sonst was zu essen. Während wir dort Kaffee tranken, sagte ich ihm, dass Gaza traurig sei, alt wie eine alte Frau. Er fragte, warum ich so etwas sage, und ich antwortete, dass Gaza wie eine grauhaarige, runzlige alte Frau aussehe. Ich weiss nicht, warum ich das gesagt habe, Nour. Wir sind gegen ein Uhr nachts nach Hause gekommen. Ich habe hysterisch gelacht, ich weiss nicht, warum. Dann bin ich eingeschlafen und in einem Alptraum aufgewacht, der bis heute andauert.

Gespräch zwischen Abeer Antar, einer 26-jährigen Palästinenserin, und Nour Naeem. Abeer Antar lebte bei Kriegsbeginn in Gaza und ist unterdessen nach Ägypten geflohen. Das Gespräch fand am 7. März 2024 statt.

Abeer Antar: Zunächst einmal, der 7. Oktober war wirklich beängstigend. Wir waren am Schlafen. Am Samstag hatte mein Mann frei, daher waren wir die ganze Nacht davor aufgeblieben. Plötzlich wachte ich auf und sah Raketen! Ich weckte meinen Mann und sagte ihm: «Schau, was um uns herum passiert!» Wir blieben so mehr als zwei Stunden, wussten nicht, ob es Raketenstarts waren oder ein Kriegsmanöver. Wir verstanden nichts, bis wir realisierten, dass Krieg war. Da sagten wir: «Das ist das Ende. Das wird uns alle aus Gaza vertreiben.»

Wir haben erwartet, dass dieser Krieg hart sein würde. Besonders, da der 7. Oktober so überraschend war. Es war ein Schock für uns und für Israel. Also haben wir schon erwartet, dass es brutal sein würde. Aber ehrlich gesagt, haben wir nicht erwartet, dass es länger als 100 Tage dauern würde. Wir dachten, es würde höchstens wie der Krieg von 2014 sein, der nur 51 Tage gedauert hatte. Nicht 150 Tage.

Der Wendepunkt kam am 9. Oktober, dem Tag, an dem der Krieg begann. Da wurde von Israel die erste Karte veröffentlicht, mit der Aufforderung, den Abu-Al-Kass-Platz und das Al-Rimal-Gebiet zu evakuieren und in Gebiete zu gehen, die sie als sicher bezeichneten. Natürlich sind sie nicht sicher! Wir alle wissen, dass kein Ort in Gaza sicher ist! Wir waren im ersten Wohngebiet, das evakuiert werden sollte. Also verstanden wir nicht, ob wir innerhalb oder ausserhalb der Karte waren. Und wenn wir diesen Ort verlassen wollten, wohin sollten wir gehen?

Ehrlich gesagt, werden viele beim Thema Gaza emotional und sensibel und sagen immer wieder, dass es sicherlich wieder aufgebaut wird und noch schöner sein wird als zuvor. Nach jedem Krieg wird es wieder

aufgebaut und noch schöner. Aber leider ist es bei diesem Krieg an der Zeit, Emotionen beiseitezulegen und logisch zu denken. Leider wissen wir alle, dass es keinen Wiederaufbau gibt, solange dieselbe Macht weiter regiert, und dieser Ort verwüstet bleiben wird.

Für den Wiederaufbau können wir nur auf ein göttliches Wunder hoffen. Aber wenn wir logisch denken – es wird Jahre dauern, um den Schutt und die ganzen Trümmer zu entfernen, die sich angesammelt haben. Ich habe meinem Mann sogar kürzlich gesagt, dass er, wenn der Krieg endet und er zur Arbeit dorthin zurückkehrt, alleine zurückgehen soll und ich später nachkommen werde. Ich kann nicht gehen und über Körper auf den Strassen stolpern. Die Situation ist sehr schwer. Es wird Jahrzehnte dauern, um die Infrastruktur Gazas wiederherzustellen.

Die wahre Nakba für Palästina war für mich nicht 1948. Die wahre Nakba ist dieses Jahr. Es ist unfassbar.

Nour Naeem: Abeer, was ist deine abschliessende Botschaft an die Welt oder an diejenigen, die dieses Gespräch hören? Was möchtest du uns sagen? Was sind deine Wünsche für die Zukunft?

Zunächst möchte ich all den Menschen danken, die uns seit dem 7. Oktober bis heute unterstützt haben, die nicht müde geworden sind und nicht aufgegeben haben. Denn leider sind wir müde, und unsere Energie ist fast am Ende.

Zweitens möchte ich der Welt vermitteln, dass wir keine Superhelden sind. Am Ende werden wir genauso müde wie ihr.

Die Vorstellung von Geduld und Widerstandsfähigkeit, dass wir ein starkes Volk oder legendär sind – es ist schön, gelobt zu werden. Doch leider hat dies dazu geführt, dass wir Dinge ertragen müssen, die weit über unsere Kapazitäten hinausgehen. Bedauerlicherweise haben wir immer mehr Lasten getragen, die unsere Grenzen überschreiten.

Was im Norden passiert – Skelette vor uns zu sehen und keine menschlichen Wesen, Menschen, die Tierfutter oder Katzen essen, Blätter von den Bäumen pflücken – die voller Phosphor [von den Bomben] sind – und sie essen. Das hat nichts mit einem geduldigen oder standhaften Volk zu tun, sondern mit einem Volk, das gezwungen ist, unter diesen Umständen zu leben.

Wir müssen erkennen, dass wir hinter der Sache stehen und viel dafür aushalten, aber auch, dass wir nicht über unsere Grenzen hinaus belastet werden können. Denn ehrlich, wir tragen mehr, als wir können. Wir werden das Trauma für immer in uns tragen. Als ich nach Ägypten kam, lebte ich zunächst in der Nähe des Flughafens. Jedes Mal, wenn ich ein Flugzeug hörte, geriet ich in Panik. Ich hatte Angst, weil dieses Trauma uns leider ein Leben lang begleiten wird. Jedes Mal, wenn ich etwas zerbrechen oder knallen höre, bekomme ich Angst.

Auf jeden Fall danke ich allen, die uns beigestanden sind. Die Vorstellung von übermenschlicher Widerstandsfähigkeit und Geduld ist am Ende nicht real,

denn wir sind alle nur Menschen. Meine grösste Hoffnung ist, dass der Krieg bald endet und wir uns um all unsere Lieben keine Sorgen mehr machen müssen. Das ist das Wichtigste.

Gespräch zwischen Alaa Qassem, einer 29-jährigen Social Media Content Creator aus Deir al-Balah, und Nour Naeem. Alaa Qassem wurde zusammen mit ihrem Vater aus Gaza nach Katar evakuiert. Das Gespräch fand am 17. Mai 2024 statt.

Alaa Qassem: Ich war in der Mitte des Gazastreifens in Deir al-Balah, als der Krieg begann. Einige glauben, dass es sich um ein sicheres Gebiet handelt, wie es die Besatzungsmacht behauptet. Aber seit Beginn des Krieges ist das Gebiet, in dem ich wohne, eine militärische Zielzone. Fast jeden Tag wird dieses Gebiet bombardiert, auch unser Haus wurde bombardiert.

Unsere Gegend ist ein gefährliches Gebiet, aber niemand hat es verlassen. Alle sind in ihren Häusern geblieben, und niemand wusste, ob wir bombardiert werden sollen oder nicht. Niemand hat uns informiert, dass wir weggehen sollen, weil es sich nicht um eines der Gebiete handelt, in dem die Besatzungsmacht die Evakuierung angeordnet hat. Aber Deir al-Balah ist eines der Gebiete, in das die Besatzung die Menschen schickt und das sie als sicher einstuft. Aber sobald die Menschen dorthin gehen, beginnen die Bombardierungen und Angriffe. Wo sind also die sicheren Gebiete, von denen sie sprechen?

Nour Naeem: Okay Alaa, erzähl uns jetzt vom 12. Januar und dem grossen Schock für dich. Was ist an diesem Tag geschehen?

Alaa Qassem: Der 12. Januar war ein Freitag. Der Freitag ist für die Bewohner:innen des Gazastreifens der Tag, an dem man als Familie zusammenkommt, ob nun Krieg ist oder nicht. Die Familie versammelt sich zum Frühstück und zum Mittagessen. Wir sind morgens aufgewacht und haben unseren Tag wie jeden anderen Tag auch verbracht. Wir haben uns zum Frühstück getroffen und beiläufig darüber gesprochen, was wir an diesem Tag kochen sollten. Meine Mutter hat vorgeschlagen, Makkaroni Béchamel zu kochen. Denn wie durch ein Wunder waren die Zutaten dafür wieder verfügbar, nachdem sie lange Zeit vergriffen waren. Viele Lebensmittel in Gaza sind nicht immer verfügbar und wenn, dann sind sie teuer. An diesem Tag konnte man die Zutaten für die Makkaroni Béchamel – Milch, Nudeln usw. – aber kaufen, und so hat meine Mutter vorgeschlagen, dieses Gericht zu kochen.

Meine Brüder, möge Gott ihnen gnädig sein, haben ihre üblichen Tätigkeiten in Kriegszeiten verrichtet: Wasser abfüllen, es zu den Speichern auf den Dächern bringen und sich in die Warteschlange für Brot stellen – all die Routineaufgaben, die im Krieg anfallen. An diesem Tag waren sie früh fertig, um 10 Uhr. Wir haben

mit der Zubereitung des Mittagessens begonnen. Zwischen 10 und 11.45 Uhr war ich mit meiner Mutter und meinen Schwestern in der Küche. Während dieser Zeit befanden sich meine Brüder an ihren gewohnten Plätzen im Haus und lebten ihr normales Leben – einer telefonierte, ein anderer schaute eine Serie.

Meine Mutter und meine beiden Schwestern schoben das Essen in den Ofen und meine Mutter ging zum Mittagsgebet, denn es war Freitag. Während meine Mutter betete, blieb ich in der Küche. Dann passierte die Explosion.

Ich weiss nicht, was genau passiert ist. Ich habe das Geräusch der Explosion nicht gehört, ich habe nur gesehen, wie plötzlich Feuer ausbrach. Ihr wisst ja, wie es ist, wenn man einen Gasherd anmacht. Das Gas entzündet sich, es flackert plötzlich auf. Aber es war viel intensiver als das. Das Feuer und die Luft um das Feuer waren extrem heiss. Ich hatte das Gefühl, als würde meine Haut verbrennen. Die Wucht der Hitze warf mich zurück, aber glücklicherweise, oder unglücklicherweise, ich weiss es nicht, war ich nicht bei meiner Familie und habe überlebt. Ich wurde ins Haus geschleudert, nicht nach draussen. Meine Familie – meine Mutter, meine Schwestern Arwa und Haya, mein Bruder Muhammad und meine Tante Aisha, Gott sei ihnen gnädig – wurden alle aus dem Haus geschleudert, während ich ins Haus geschleudert wurde und an einer entfernten Stelle der Küche landete. Ich wurde unter den Steintrümmern begraben. Ich spürte, wie die Trümmer auf mich fielen, und ich wurde unter den Steinen und allem anderen begraben.

Ich konnte nichts mehr hören. Ich spürte einen starken Druck auf mir, und alles wurde sehr dunkel. Ich konnte nicht atmen; ich fing an, den Schutt und die Steine zu schlucken, weil ich nicht richtig atmen konnte. Ich habe versucht, herauszukommen, aber der Druck war zu stark.

Ich habe meine beiden Schwestern, meine Mutter und meine Tante verloren. Ich war unter den Trümmern, bis Leute kamen, um nach uns zu suchen. Während ich unter den Trümmern lag, hatte ich das Gefühl, dass der Geist meiner Mutter neben mir war, als würde sie sich verabschieden. Instinktiv sagte ich: «Möge Gott dir gnädig sein, Mama.» Ich war mir nicht sicher, ob sie schon gestorben war, aber ich hatte das Gefühl, dass sie es war.

Ich begann, die Schahada (muslimisches Glaubensbekenntnis) zu rezitieren, weil ich das Gefühl hatte, zu ersticken und keine Luft mehr zu bekommen.

Sie fanden mich unter den Trümmern. Sie waren sich nicht sicher, ob ich im Haus war oder bei den anderen, die nach draussen geschleudert worden waren. Sie hatten die Suche schon fast aufgegeben. Aber einer der Retter sah die Ferse meines Fusses und meldete den anderen, dass noch jemand im Haus war. Er begann zu rufen: «Du, du, kannst du uns hören? Bist du am Leben?» Denn von mir war nichts zu sehen. Ich schaffte es, meine Hand ein wenig zu bewegen, und klopfte zweimal, als wollte ich sagen: «Ich bin hier.» Sie begannen mich auszugraben und ich wünschte, sie hätten es nicht getan.

Nour Naeem: Dein Vater hat überlebt, schwer verletzt, konnte aber nicht in Gaza behandelt werden. Deshalb habt ihr einen Ausreiseantrag für ihn gestellt. Wie war es für dich, Gaza zu verlassen und nach Katar zu gehen, um deinen Vater zu seiner Behandlung zu begleiten? Vor allem, da du noch nicht weisst, ob du jemals zurückkehren kannst?

Alaa Qassem: Ich habe Gaza mit Tränen in den Augen verlassen. Manchmal scherze ich mit meinem Vater und sage ihm: «Du schuldest mir was dafür.» Ich sage ihm immer wieder, lachend, dass wir nur wegen ihm das Land verlassen mussten. Aber das ist nur ein Scherz; in Wirklichkeit waren wir gezwungen, Gaza zu verlassen.

Aber ich schwöre bei Gott, ich habe Gaza zwar verlassen, aber Gaza hat uns nie verlassen. Man kriegt es nicht aus unseren Köpfen.

Es gibt viele Menschen, die sagen, dass sie nur beten können, weil sie sich machtlos fühlen, etwas anderes zu tun. Aber die Menschen, vor allem die ausserhalb des Gazastreifens, können mehr tun, als nur zu beten. Ihre Gebete sind sicherlich wichtig, und Gott wird alle Gebete erhören, aber sie können auch aktiv werden. Zum Beispiel Produkte boykottieren, die dieses System unterstützen. Boykottiert alles, was den Unterdrücker unterstützt.

Euer Geld unterstützt Raketen, die auf das Volk geworfen werden, für das ihr betet. Während ihr für uns betet, unterstützt ihr gleichzeitig das Wirtschaftsgebilde, das noch mächtigere und zerstörerische Raketen auf uns abschiess. Abgesehen vom Beten sollten alle möglichen Massnahmen ergriffen werden. Demonstrationen und jede noch so kleine Aktion, die ihr unternehmen könnt – all das ist wirkungsvoll und macht einen Unterschied für die Menschen in Gaza. Selbst ein einfaches Wort, das an die Welt gerichtet wird, kann eine bedeutende Wirkung auf uns haben.

Nour Naeem ist Journalistin aus Gaza-Stadt. Sie und ihre Familie sind im Dezember 2023 aus Gaza geflüchtet. Sie befindet sich derzeit in Ägypten und ist von dort aus dem Gaza Voices Project beigetreten.

Gaza Voices ist eine kleine, international verteilte Gruppe von Freund:innen und Aktivist:innen, grösstenteils in Berlin. Sie wurde als Reaktion auf die seit Oktober 2023 anhaltende Belagerung und Bombardierung von Gaza ins Leben gerufen. Gaza Voices sammelt Zeugnisse von denjenigen, die derzeit unter grausamen und zunehmend lebensbedrohlichen Bedingungen in Gaza leben. Gaza Voices führt auch Interviews mit Menschen, die zu Kriegsbeginn in Gaza gelebt haben, das Gebiet seither aber aus diversen Gründen verlassen haben.

Alle Interviews werden in einem Online-Archiv veröffentlicht: www.gaza-voices.com

Der **Gaza Voices Podcast** präsentiert einige der (englischen) Interviews, in bearbeiteter Form und ergänzt durch zusätzlichen Kontext. Diese monatlichen Folgen werden auf Radio Refuge Worldwide ausgestrahlt und sind auch auf Spotify verfügbar: www.open.spotify.com/show/0IjFiGmbIZ0HtnV51famaS?

Palestine Deep Dive

Eine weitere wichtige Informationsquelle ist das 2019 vom Journalisten Ahmed Alnaouq mitbegründete Medienportal www.palestinedeepdive.com

Palestine Deep Dive hat den Anspruch, durch vertiefte Analysen, das Erzählen von Geschichten und persönliche Erzählungen die palästinensische Realität dem westlichen Publikum nahezubringen, und hofft, damit auch eine neue Generation palästinensischer Talente zu fördern und zu stärken. Auf der Plattform kommen auch eine Reihe von wichtigen prominenten Stimmen aus zu zu Palästina zu Wort.

Hasbara: Desinformation als «israelische Massenvernich- tungswaffe»

Nachfolgend Auszüge aus einer Studie
von Tariq Kenney-Shawa über Hasbara

Während Kriegen und bewaffneten Aggressionen ist Desinformation eine mächtige Waffe – ein Werkzeug, um die Opfer zu entmenslichen, Massengewalt zu rechtfertigen und vor allem Zweifel zu säen, um Rufe nach Eingreifen mundtot zu machen.

«Hasbara», das hebräische Wort für «erklären», ist in Israel in bestehenden Konzepten der staatlich geförderten Propaganda und Informationskriegsführung verwurzelt. Sie zielt darauf ab, die Parameter eines akzeptablen Diskurses schlechthin zu formen. Dies erfordert eine koordinierte Anstrengung von staatlichen Institutionen und NGOs, um die innere Einheit Israels zu gewährleisten, die Unterstützung von Verbündeten zu sichern und die Art und Weise zu beeinflussen, wie Medien, Intellektuelle und einflussreiche Personen über Israel sprechen.

Zweifel säen

Der Begriff «Hasbara» und seine heutige Verwendung, insbesondere durch die Armee, tauchte erstmals im Jahr 2000 auf. Am 30. September jenes Jahres war der 12-jährige Muhammad al-Durrah bei einem Schusswechsel zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Sicherheitskräften durch das israelische Militär erschossen worden. Der Moment von Muhammads Tod wurde gefilmt, und da die israelischen Propagandist:innen nicht in der Lage waren, den Mord kategorisch zu leugnen, griffen sie auf die schlichte Delegitimierung der Quelle zurück und behaupteten, es habe sich um eine palästinensische Inszenierung gehandelt. Dabei spielte keine Rolle, dass der Mord gefilmt und von Augenzeugen bestätigt wurde. Wichtig war nur, dass alle palästinensischen Behauptungen von nun an mit Zweifeln behaftet waren! Diese zunächst marginale Taktik ist mittlerweile zu einer offiziellen Strategie der israelischen Regierung geworden.

«Zweifel» zu säen, diese Strategie war noch nie so ausgeprägt wie in Israels ununterbrochenem Angriff auf Krankenhäuser und die Gesundheitsinfrastruktur

in Gaza seit dem 7. Oktober 2023. Am 27. Oktober veröffentlichte das offizielle X-Konto der israelischen Armee die 3D-Darstellung eines komplizierten Labyrinths von Tunneln und Bunkern unter dem Al-Shifa-Krankenhaus und behauptete, die Hamas würde es als Kommandozentrale nutzen. Die Behauptungen waren präzise: Al-Shifa sei das «schlagende Herz» der Hamas-Kommandoinfrastruktur und mehrere Gebäude des Krankenhauses befänden sich direkt am oberen Ende von Tunneln, zu denen man von den Stationen des Krankenhauses aus Zugang habe.

Für seine Behauptungen hat Israel keine Beweise vorgelegt, aber das hat die Biden-Regierung und viele westliche Medien nicht davon abgehalten, die israelische Darstellung unmissverständlich zu wiederholen. Am 15. November stürmten die israelischen Streitkräfte das Al-Shifa-Krankenhaus. Was sie vorfanden, entsprach bei Weitem nicht ihren Behauptungen. Ein Tunnel, der übrigens mit Wissen der israelischen Armee gebaut worden war, als sie den Gazastreifen noch von innen besetzt hielt, verlief unter einem Randbereich des Krankenhausgeländes, aber keines der Krankenhausgebäude war mit dem Tunnelnetz verbunden und es gab keine Beweise für einen Zugang von den Stationen des Krankenhauses aus, keine Spuren von Gefangenen und vor allem keine Kommandozentrale. Al-Shifa stellte zwar den Eckpfeiler der israelischen Desinformationskampagne gegen die palästinensische Gesundheitsinfrastruktur dar, war aber bei Weitem nicht das einzige Ziel.

Indem Israel – unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt – die Idee in die Welt setzte, die Hamas und andere Widerstandsgruppen nutzten Krankenhäuser für militärische Zwecke, liess es Zweifel daran aufkommen, dass das gesamte Gesundheitssystem in Gaza den Schutz genießt, den das humanitäre Völkerrecht gewährt. Damit veränderte Israel die Wahrnehmung seiner Angriffe auf Krankenhäuser von einer schamlosen Völkerrechtsverletzung zu einer Norm im Kontext der Selbstverteidigung.

Journalisten als «Vermittler:innen»

Auch wenn die letzten Monate offenbaren, wie grausam und plump die israelischen Taktiken der Informationsmanipulation sind, sind sie nicht neu. Tatsächlich erinnern viele der israelischen Argumente, die uns heute so vertraut geworden sind, auf seltsame Weise an die Rhetorik, mit der die USA die Massaker an Zivilist:innen in Vietnam oder die Massaker im ersten Golfkrieg 1991 rechtfertigten.

Im Übrigen wäre die Manipulation ohne die Komplizenschaft von Journalist:innen nicht so effektiv. Anstatt die falschen Behauptungen zu hinterfragen und zu entlarven, haben viele von ihnen auf Objektivität und journalistische Sorgfalt verzichtet und sich freiwillig oder unfreiwillig zu Sprecher:innen der israelischen Armee gemacht.

Effektiver Journalismus erfordert eine ständige Überprüfung der Fakten und einen Reflex des Skepti-

zismus. Indem Journalist:innen die besonders drakonischen Zensurbedingungen der israelischen Regierung akzeptieren und die Erklärungen von Armee- und Regierungssprechern übernehmen, richten sie mehr Schaden als Nutzen an. Die Informationen, die sie veröffentlichten dürfen, werden sorgfältig ausgewählt, um das Zielen und Töten palästinensischer Zivilist:innen zu rechtfertigen. Indem Journalist:innen nur das bewilligte Narrativ einer Armee wiedergeben, die derzeit an einem Völkermord beteiligt ist, bieten sie tatsächlich eine Plattform für die Rechtfertigung von Kriegsverbrechen.

Quelle und vollständige Fassung

Al-Shabaka, 12 mars 2024, www.al-shabaka.org/briefs/israels-disinformation-apparatus-a-key-weapon-in-its-arsenal. Die Auswahl hat Véronique Goël vorbereitet.

Tariq Kenney-Shawa ist Forscher für US-Politik bei Al-Shabaka und Co-Moderator der Al-Shabaka-Reihe Policy Lab. Er hat einen Master-Abschluss in International Affairs von der Columbia University.

Kurznachrichten

Verbot von Al Jazeera und Gaza-Projekt

Anfang Mai wurde per Parlamentsentscheid in Israel der Nachrichtensender Al Jazeera geschlossen. Dem katarischen Sender wirft das offizielle Israel Nähe zur Hamas vor und möchte so eine angeblich einseitige Berichterstattung unterbinden. Der Sender kann in Israel auch nicht mehr empfangen werden. Medienschaffende sind alarmiert, da das Recht auf freie Berichterstattung damit weiter eingeschränkt wird. In der Rangliste zur Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen landet Israel nun auf Rang 101 von 180. Der Krieg in Gaza hat bereits das Leben von über 100 Medienschaffenden gekostet, die NGO hat deshalb bereits drei Klagen beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel eingereicht (Oktober und Dezember 2023, Mai 2024). Nun haben sich 50 Journalist:innen zusammengeschlossen und mit dem Gaza-Projekt die gezielten Tötungen im Gazastreifen aufgearbeitet. Gleichzeitig möchten sie die konstante Bedrohung von Medienschaffenden und Inhaftierungen im Westjordanland publik machen. www.reporter-ohne-grenzen.de/laender/nahost/israel/alle-meldungen/meldung/faq-zur-situation-der-medien-im-gazastreifen www.forbiddenstories.org/the-destruction-of-press-infrastructure-in-gaza-a-strategy-to-blind-the-public

Ökozid in Gaza

Die Auswirkungen des israelischen Vernichtungskrieges sind auch für die Umwelt verheerend, der landwirtschaftliche Boden ist nachhaltig zerstört. Neben dem Einsatz von weissem Phosphor, der Vernichtung von Feldern und Infrastruktur, den Bomben und den Tonnen von Abfall, die überall herumliegen, ist auch das Wasser stark verunreinigt. «Die Umwelt ist nicht eben ein Kollateralschaden, sie ist ein Ziel der israelischen Armee», betont Lucia Rebolino, Mitherausgeberin einer Studie von Forensic Architecture, einem Kollektiv, das Satellitendaten mit offenen Quellen analysiert. Durch das Zielen auf die landwirtschaftlich genutzten Felder greift Israel einen wichtigen Teil der Wirtschaft und der Ökosysteme von Gaza an. Eine gemeinsame Studie von UN, Weltbank und EU schätzt die Schäden in der Landwirtschaft auf 629 Mio. US-Dollar. Die UN hat ein Ermittlungsverfahren zur Zerstörung der Umwelt eingeleitet. Vor definitiven Schlussfolgerungen muss aber erst der Krieg beendet werden. www.senderfreiespalaestina.de/pdfs/oekoqid-in-gaza.pdf

Personensuchmaschine Lavender weiterhin im Einsatz

Was Journalist:innen bereits im Februar aufgedeckt haben, ist nun auch von offizieller Seite bestätigt: Die israelische Armee IDF verlässt sich auf KI, wenn es darum geht, im Gazastreifen Angriffsziele auszuwählen («The Gospel» schlägt Gebäude, «Lavender» Menschen vor). Im Oktober 2023 waren durch das System bereits 37 000 Menschen als potenzielle Ziele definiert worden, ohne eine weitere Überprüfung zu den im Umfeld anwesenden Personen, zu Hamas-Mitgliedschaft und Aktivitäten, Auswahlkriterien etc. durchzuführen. Innerhalb von 20 Sekunden entscheiden Armeeangehörige dann, ob sie das ausgewählte Ziel freigeben. Laut einem Insider kommt das System gern in der Nacht zum Einsatz, wenn die Betroffenen zu Hause sind. Es wird einzig geprüft, ob es sich bei der zum Abschuss freigegebenen Person um einen Mann handelt. Die sogenannte «dummen Bomben» haben offensichtlich zum Ziel, möglichst viele Menschen mit in den Tod zu reißen.

www.972mag.com/lavender-ai-israeli-army-gaza

www.freitag.de/autoren/the-guardian/gaza-krieg-israel-identifiziert-mit-lavender-37-000-menschliche-ziele

«... eine der kriminellsten Armeen der Welt». Bericht zu Kriegsverbrechen an den ICC eingereicht

Die zitierte Aussage tätige der australische Menschenrechtsexperte Chris Sidoti anlässlich der Veröffentlichung eines aktuellen Berichts vom 19. Juni 2024. Sidoti ist Mitglied der 2021 gegründeten ständigen Fact Finding Mission der UN zu Israel/Palästina, die dem Menschenrechtsrat jährlich Bericht erstattet. Die neuste Ausgabe kritisiert sowohl Israel als auch die Hamas aufs Schärfste. Rund 7000 Beweise für Kriegsverbrechen haben Navi Pillay, Leiterin der Kommission, und ihr Team ausgewertet und in Form des Berichts nun dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) überstellt. www.aje.io/f5hqaq?update=2985747; www.youtube.com/watch?v=BHk916NRbMw; www.aje.io/8u5hfg

Neue jüdische Gruppen in der Schweiz

Zwei antizionistische jüdische Gruppierungen sind in den letzten Monaten entstanden und engagieren sich in den Protesten gegen den Gaza-Krieg: Doykait (Hier-Sein) und Marad (Aufstand) sind Kollektive, die sich von den bestehenden jüdischen Gruppen wie der Jüdischen Stimme für Frieden (JVJP) abheben. Sie sind aktivistischer, feministisch und setzen sich für das Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser:innen, für Selbstbestimmung und Gleichheit unabhängig von Race, Herkunft und Geschlecht ein.

www.instagram.com/kollektiv_doykait

www.maradcollectif.ch

Organisiertes Verbrechen, hohe Opferzahlen

In Israel lebende Palästinenser:innen sind überproportional Opfer von organisiertem Verbrechen, so eine neue Studie. Seit Januar wurden bereits 86 arabische Israelis ermordet, viele weitere wurden erpresst oder haben aufgrund von Bedrohung ihre Wohnorte verlassen. Die Brutalität der Täter nimmt stetig zu, die Polizei schaut weg. Staatliche Strukturen sind in drusischen und palästinensischen Communities selten präsent, die sozioökonomische Lage in diesen Gemeinden ist schwierig und es wird nicht in Prävention und Aufarbeitung von organisiertem Verbrechen investiert. Zudem werden jüdische Israelis vom Staat dazu angeregt, sich Waffen zu besorgen, was mafiöse Strukturen weiter begünstigt.

www.972mag.com/palestinian-citizens-israel-record-crime-wave

Verfassungsschutz Deutschland stuft BDS als Extremismus-Verdachtsfall ein

Der im Juni 2024 veröffentlichte Bericht des deutschen Verfassungsschutzes zum Jahr 2023 enthält folgende Einschätzung der BDS-Bewegung: Es liegen «hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte» dafür vor, dass BDS unter anderem «gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstösst».

www.watson.ch/international/deutschland/638642454-verfassungsschutz-fuehrt-bds-bewegung-als-extremismus-verdachtsfall

European Legal Support Center

Das ELSC setzt sich seit Jahren für die Grundrechte der Palästinenser:innen und die Einhaltung der politischen Rechte von Solidaritätsaktivist:innen ein. Das ELSC verschickt ca. monatlich einen empfehlenswerten, informativen Newsletter über laufende Gerichtsprozesse. Auf der Website kann auch nach Ländern und nach der Art von Rechtsverfahren gesucht werden.

www.elsc.support/news

«From the river to the sea»

Die propalästinensische Bewegung in Europa ist weiterhin unter Druck, ihre Anliegen werden kriminalisiert. Immer wieder wird das Recht auf Versammlungsfreiheit missachtet, Demos werden verunmöglicht und Strafverfahren gegen Personen eingeleitet, die den Slogan «From the river to the sea» benutzen. So etwa in Bayern, wo der Verwaltungsgerichtshof nun aber zum Schluss kommt, die Strafbarkeit eines Pro-Palästina-Slogans hänge vom Einzelfall ab. Anders als die Vorinstanz lehnt er daher dessen Verbot auf konkreten Demos ab. Ob der Slogan als antisemitisch zu verstehen sei, hänge stark vom Standpunkt des Betrachters ab, er lasse sich unterschiedlich interpretieren und dürfe nicht pauschal verboten werden, da er vor allem Gleichheit für alle einfordere.

Ralph Lewin, Vizepräsident des Schweizerisch-Israelitischen Gemeindebunds, sieht das anders: Der Slogan ist für ihn «klar antisemitisch» und bedeute die «Vernichtung Israels», behauptet er in einem Gastbeitrag der Zeitung Le Temps.

www.merkur.de/bayern/pauschalverbot-von-pro-palaestina-slogan-rechtswidrig-zr-93154438.html

www.letemps.ch/opinions/debats/qui-veut-la-paix-n-appelle-pas-a-la-violence

www.geschichtedergegenwart.ch/from-the-river-to-the-sea-gibts-viel-raum-fuer-interpretationen

Haftbefehle gegen mutmassliche Kriegsverbrecher

Nach jahrelanger Vorbereitung durch Menschenrechtsorganisationen hat der Internationale Strafgerichtshof (ICC) im Mai 2024 den israelischen Regierungschef Netanjahu und Kriegsminister Yoav Gallant sowie drei führende Hamas-Mitglieder (von denen Israel unterdessen zwei in gezielten Attentaten getötet hat) international zur Haft ausgeschrieben. Rechtlich möglich wird dies u.a. dadurch, dass Palästina 2014 das Römer Statut unterzeichnet, den Gerichtshof und dessen internationale Gerichtsbarkeit anerkannt hat und somit beim ICC Anklage erheben kann.

www.senderfreiespalaestina.de/pdfs/richard-falk-krieg-gegen-gaza.pdf; www.mondoweiss.net/2024/05/how-the-icc-case-against-israeli-leaders-was-made-possible

ICC wird von Israel bespitzelt

Dass die israelische Führungsspitze sich über die gegen sie verhängten Haftbefehle überrascht zeigt, überrascht. Denn die israelischen Geheimdienste sollen den ICC seit neun Jahren überwacht haben. Die Recherchen dreier Medien zeigen auch, warum Chefankläger Karim Khan vergangene Woche bei der Bekanntgabe der Haftbefehle forderte, «alle Versuche, Mitarbeiter des Gerichts zu behindern, einzuschüchtern oder unangemessen zu beeinflussen», seien unverzüglich einzustellen.

www.taz.de/Berichte-ueber-jahrelange-Ueberwachung/?16010426/

Kultureller Boykott

Proteste funktionieren auch gegen grössere Unternehmen, wie kürzlich bei Festivals gezeigt wurde. In Grossbritannien musste die Bank Barclay's als Sponsor von Festivals von Live Nation zurücktreten. Und zwar eher abrupt, zu viele Bands wollten einfach nicht an einem Festival spielen, bei dem Barclay's der Sponsor war, und viele Fans kein solches Festival besuchen.

In den USA, also dem Land, in dem es Gesetze gegen Israel-Boykotte gibt, musste der Waffenhersteller Raytheon und die US Armee die Unterstützung des SXSW Festivals beenden.

www.bbc.com/news/articles/crgg13nn0kgo

www.theguardian.com/us-news/article/2024/jun/26/sxsw-military-weapon-sponsor

Kultureller Genozid

Wie anders lässt sich die gezielte Auslöschung kultureller Güter im Gazastreifen bezeichnen, die offensichtlich systematisch erfolgt. Moscheen, Unesco-geschützte Gebäude, Bücher, Friedhöfe, Kulturzentren und vieles mehr werden zerstört. Mit der Zerstörung verliert die Bevölkerung Ort der kollektiven Erinnerung und wird ihrer Wurzeln beraubt, was einen einschneidenden Effekt auf die Gemeinschaft hat. Kürzlich hat das israelische Parlament zudem in einer ersten Lesung einen Zusatz zum Archäologie-Gesetz gutgeheissen, das die Zuständigkeit israelischer Behörden für archäologische Stätten im besetzten Gebiet vorsieht. Der Entwurf zielt insbesondere auf historische Orte in der Area B.

www.bellingcat.com/news/2024/06/26/gaza-israel-destroy-destruction-damage-cultural-history-heritage-archaeology-conflict-war

www.youtube.com/watch?v=z66qK3n-aTI

www.youtube.com/watch?v=GdtCrCsKlw0

www.emekshaveh.org/en/annexationist-law

Opfer sind Kinder und Jugendliche

Ein Bericht von Defense for Children International Palestine vom 9. September 2024 spricht klare Worte: Seit dem 7. Oktober 2023 wird im Westjordanland jeden zweiten Tag ein Kind von Siedler:innen oder israelischen Soldat:innen ermordet, willentlich.

www.assets.nationbuilder.com/dcipalestine/pages/5323/attachments/original/1725884141/Tar-geting_Childhood_report.pdf?1725884141

Unis: Lokale Mobilisierungen – globale Dimension

Die israelische Aggression gegen den Gazastreifen rüttelt weltweit auch Studierende, Schüler:innen und Lehrkräfte auf. Die Liste der Länder, in denen Campus-Besetzungen und andere Formen des Protests entstanden, ist beeindruckend. Es geht dabei nicht nur um Palästina, sondern um die Verteidigung demokratischer Grundrechte generell.

Beispielhaft für die Studierendenbewegung in Solidarität mit den Palästinenser:innen ist die Columbia University in New York, die mit wiederholten Protestcamps viele andere Unibesetzungen in den USA und weltweit inspiriert hat. Massgeblich sind dabei Students for Justice in Palestine und Jewish Voice for Peace sowie ein breites Bündnis aus rund 120 Studierendengruppen (CUAD). Bereits seit November gibt es an US-amerikanischen Universitäten Solidaritätsaktionen, es kam zu ersten Verhaftungen und die Medien heizten mit Antisemitismusvorwürfen gegen die Studierenden ein. In Kongress-Hearings mussten sich einzelne Rektor:innen wegen ihrer angeblich zu laschen Haltung gegenüber den Protesten verteidigen und wurden zum Rücktritt gedrängt. Gegen Lehrkräfte, die sich mit den Palästinenser:innen solidarisieren, findet an vielen Bildungsinstitutionen eine regelrechte Hexenjagd statt, die Kritiker:innen vor einer neuen Ära des McCarthyismus warnen lässt.¹

An der Columbia University wurden ab Mitte April verschiedene Protestcamps organisiert, die die Universitätsleitung von der Polizei räumen liess. Mehrere Personen inklusive Professor:innen wurden festgenommen, was eine breite Solidaritätsbewegung im ganzen Land auslöste. Es folgten Camps, Besetzungen, Sit-ins und andere Proteste an 140 Universitäten im ganzen Land.² Vereinzelt kam es zu Provokationen zionistischer Gruppen, und das US-Repräsentantenhaus beeilte sich, eine Erweiterung der Antisemitismusdefinition gemäss IHRA-Vorschlag zu verabschieden. Zuspruch erhielten die Studierenden nicht nur von einem Teil des Lehrkörpers, sondern auch von prominenten Politikern wie Bernie Sanders, einigen demokratischen Kongressmitgliedern und über 200 fortschrittlichen NGOs.³ Auffallend ist, dass Strafverfahren insbesondere an den Unis (wie CUNY in New York) eingeleitet wurden, an denen sozial Benachteiligte und People of Colour studieren, die in den Protestcamps erstmals so etwas wie Fürsorge erfahren hatten.⁴

Bis Mitte Mai erfasste die Protestwelle Universitäten in über 40 weiteren Ländern⁵, von Australien über Südafrika, Japan und Indien bis Marokko, Kuwait und Jemen, um nur einige zu nennen, und in mindestens 17 Ländern Ost- und Westeuropas. Selbst an Hochschulen in Deutschland, Österreich und Frankreich mit ihrem besonders repressiven, israelfreundlichen Klima liessen sich Studierende von Protestcamps nicht abhalten. In Grossbritannien wurde im Sommer ein Bündnis aus 15 Studierendenorganisationen gegründet, die sich gegen die Komplizenschaft britischer Unis mit Israel engagieren.⁶

Die Universitätsleitungen reagierten unterschiedlich. Manche, insbesondere in Grossbritannien, liessen sich auf Verhandlungen mit den Studierenden ein und kamen deren Forderungen entgegen. Am weitreichendsten sind die Konsequenzen in Spanien.⁷ An der Uni Barcelona stimmte der Senat Anfang Mai einem Antrag der Studierenden zu, bis zum Ende des Genozids alle institutionellen Verbindungen mit Israel einschliesslich Forschungszentren und Unternehmen auf-

Leitlinien für akademischen Boykott

Die wesentlichen Grundsätze wurden von der Palästinensischen Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI) im Juli 2014 überarbeitet. Dazu gehört:

PACBI ruft zu einem institutionellen Boykott auf, der gleichzeitig das universelle Recht auf akademische Freiheit wahrt.

PACBI lehnt den Boykott von Individuen auf der Grundlage ihrer Identität (beispielsweise Nationalität, ethnische Herkunft, Geschlecht oder Religion), ihrer Meinungen oder ihrer Mitgliedschaft in akademischen Institutionen ab.

Einzelpersonen, die als Vertreter:innen israelischer Institutionen auftreten, sind jedoch zu boykottieren.

Aufgrund ihrer Komplizenschaft mit der Unterdrückung der Palästinenser:innen sind alle israelischen Hochschulinstitutionen sowie Projekte, die vom israelischen Staat und seinen Lobbygruppen finanziell unterstützt werden, zu boykottieren.

Zu boykottieren sind auch Projekte der «Normalisierung», die den Unterschied zwischen Unterdrückern und Unterdrückten verschleiern. Weitere Detailregelungen, die sich auf jahrelange Erfahrungen stützen, finden sich im entsprechenden [PACBI-Dokument](#).

→ www.bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines

→ auf Deutsch: www.tinyurl.com/LeitlinienAkademischerBoykott

zukündigen. Bis Ende Mai sind sieben der insgesamt 77 Unis dem Beispiel gefolgt und 120 Forschungsgruppen haben sich in einem offenen Brief für die Beendigung von Kooperationen ausgesprochen. Andre europäische Universitäten (Helsinki, Kopenhagen, Ghent, Dublin) sowie vereinzelt Hochschulen in den USA und Kanada erklärten sich bereit, ihre Beteiligungen und Partnerschaften mit israelischen Institutionen und Unternehmen, die im besetzten Gebiet tätig sind, zu überprüfen oder aufzukündigen. Manche willigten ein, einen Ethikrat zur Überprüfung der Beteiligungen und Partnerschaften zu bilden. Verschiedene Unis in den USA haben Unterstützungsprogramme für palästinensische Akademiker:innen beschlossen.⁸

Andere setzten auf Repression und liessen die Protestcamps unter Einsatz von teilweise massiver Polizeigewalt räumen. In den USA wurden über 3000 Studierende festgenommen, und auch in Amsterdam und Paris kam es zu Massenverhaftungen. Studierende wurden und werden teilweise suspendiert, vom Studium ausgeschlossen oder aus den universitätseigenen Wohnheimen rausgeworfen, viele müssen mit Strafverfahren rechnen. Über den Sommer haben viele Universitätsleitungen verschärfte Regeln eingeführt, um zu verhindern, dass nach den Semesterferien die Proteste wieder aufgegriffen werden können. Kritiker:innen sprechen von einem «Polizeistaat».⁹ Die Dimension der Repression steht in keinem Verhältnis zu den gemäss einer unabhängigen Studie¹⁰ überwiegend friedlich verlaufenen Camps, Kundgebungen, Veranstaltungen und Aktionen. Der Vorwurf, die Proteste zeichneten sich durch ein antisemitisches Klima aus, wurde auch von jüdischen Studierenden entschieden zurückgewiesen und stützt sich mehrheitlich auf Definitionen von Antisemitismus, die eigentlich Kritik an Israel meinen.¹¹

Im Zentrum der Forderungen steht, dass die Unis den Völkermord im Gazastreifen verurteilen und sich für einen Waffenstillstand aussprechen. Zudem sollen sie ihre Anteile an Unternehmen, die an der Unterdrückung der Palästinenser:innen beteiligt sind, und ihre Partnerschaften mit israelischen Universitäten auflegen und aufkündigen. Wie sehr israelische akademische Einrichtungen mit Armee und Politik verstrickt sind, dokumentieren die 2004 lancierte palästinensische Kampagne für einen akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI)¹², die auch Kriterien für den institutionellen Boykott ausgearbeitet hat, und andere Publikationen (siehe Kasten).

Nach dem repressiven Vorgehen vieler Rektorate rückte zudem die Forderung ins Zentrum, alle Sanktionen und Klagen gegen Beteiligte fallen zu lassen und das Recht auf freie Meinungsäusserung, auch in Form von Protestcamps, zu respektieren. Die Forderung, Freiräume für kontroverse politische Debatten an Hochschulen zu eröffnen und damit auch einen weiter gefassten Bildungsauftrag zu erfüllen, wird auch von vielen Hochschuldozent:innen unterstützt¹³ – wofür ihnen etwa in Deutschland eine Welle der Empörung entgegenschlug und die Bildungsministerin sogar Sanktio-

nen in Erwägung zog. Gegen die hetzerische Berichterstattung der Bild-Zeitung reichten das Präsidium der Humboldt-Universität und andre Betroffene eine Klage beim Deutschen Presserat ein. Demokratische Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die auch für «nicht-konstruktiven, provokativen und nicht auf Dialog ausgerichteten Protest» gelten, werden gerade in Deutschland, das neben den USA eine wesentliche Stütze der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen ist, zunehmend ausgehöhlt.¹⁴ Einen spektakulären Meinungsumschwung hat der US-amerikanische Verband der Hochschulprofessor:innen vollzogen, der seine frühere Position revidiert und akademischen Boykott neu als legitime Haltung bezeichnet, für die weder Akademiker:innen noch Studierende sanktioniert werden dürfen.¹⁵

Schweiz

Auch in der Schweiz beteiligen sich seit Oktober an den Kundgebungen gegen den Genozid im Gazastreifen viele junge Menschen und es entstanden Kontakte zwischen Studierenden verschiedener Fachrichtungen. So machte der Protest auch vor Universitäten, Lehrlingsausbildungen und Schulen nicht Halt. Ausgehend von Lausanne und Genf, wurden zwischen Mai und Juni an allen Hochschulstandorten (ausser St. Gallen) Proteste organisiert. Für Herbst ist mit einer Wiederaufnahme der Mobilisierungen zu rechnen.

Von Anfang an reagierten die Hochschulleitungen abweisend auf Versuche, Räume für Veranstaltungen und Versammlungen zur Verfügung zu stellen, um die politische Lage zu diskutieren und Forderungen und Aktionen vorzubereiten. Stattdessen liessen sie sich von israelfreundlichen Medien und deren hetzerischer Berichterstattung unter Druck setzen. Die Technische Hochschule in Lausanne (EPFL) suspendierte nach Intervention einer zionistischen Uni-Gruppe das feministische Kollektiv Polyquity für ein angeblich «hass-erfülltes und bedrohliches» antikoloniales Referat, zog diese Massnahme nach Protesten jedoch wieder zurück. An der Uni Basel wurde eine Veranstaltung der Marxist Students Society mit dem Argument verboten, sie käme einem «Aufruf zu Hass» gleich. Die Rektorin liess sich nach hetzerischen Artikeln der Basler Zeitung gegen den Studiengang Urban Studies zudem dazu hinreissen, einem Journalisten der Sonntagszeitung zuzustimmen, der dort gelehrte Postkolonialismus sei eine Ideologie, die «die Welt in Täter (Weisse, der Westen) und Opfer (People of Color, der globale Süden) unterteilt und keinerlei Grautöne zulässt».¹⁶ Studierende der Philosophisch-Historischen Fakultät kritisierten die Rektorin darauf in einem offenen Brief¹⁷ für ihr skandalöses Statement und der Historiker Georg Kreis verteidigte¹⁸ den Postkolonialismus als legitime, auch für die Schweiz relevante Wissenschaft. Der Ideologie-Vorwurf entspringe oft Haltungen, die selbst ideologisch geprägt seien.

Eine Kontroverse erfasste auch den Fachbereich Architektur der ETH Zürich, der immer wieder von der

Literatur zum Thema Akademischer Boykott

Eine der wichtigsten Referenzen zum Verständnis der zentralen Rolle der israelischen Universitäten bei der Gründung des zionistischen Staates ist das Buch von Maya Wind, *Towers of Ivory and Steel*. Durch das Buch wird sehr deutlich, wie die akademischen Einrichtungen in Israel standardmässig ein Baustein des Siedlerkolonialismus und des Apartheidstaates sind – und diesem sogar vorausgingen. Durch die Akademiker:innen und ihre intellektuelle Macht erlangte der israelische Staat erhebliches politisches Prestige, was ihm zu internationaler Unterstützung und Legitimität als Teil der «entwickelten Welt» verhalf. Die Universitäten spielen eine wichtige Rolle in der Produktion von Wissen, das für die Errichtung des zionistischen Staates nötig ist, angefangen vom ideologischen Unterbau bis zur Entwicklung von Überwachungstechnologien, Waffen und militärischem Know-how, das direkt zur Kontrolle und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt wird. Hinzu kommt, dass die Universitäten strategisch günstig in besetztem Land errichtet wurden – eine geopolitische Entscheidung, die mit der Enteignung der palästinensischen Bevölkerung von ihrem Land einhergeht. Darüber hinaus sind die Universitäten massgeblich an der diskriminierenden Politik beteiligt, die das Recht der Palästinenser:innen auf Bildung und akademische Freiheit massiv einschränkt.

Weitere gute Grundlagen für den akademischen Boykott Israels sind das Buch von Eyal Sivan und Armelle Laborie, *Legitimer Protest. Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott*, Promedia 2018 (zum Preis von Fr. 15 bestellbar unter info@palaestina-info.ch) und die Broschüre des *Alternative Information Center*, *Academic Boykott of Israel and the Complicity of Israeli Academic Institutions in Occupation of Palestinian Territories*, 2009, siehe www.bdsmovement.net/files/2011/02/E0023-24-Web.pdf.

Zusammenfassung: Catarina

NZZ angegriffen wird. Nachdem die Zeitung dem französischen Architekten und Professor Léopold Lambert Hass auf Israel und Sympathien mit der Hamas unterstellte, sagte die Unileitung ein geplantes Referat zum Thema «Weaponised Architecture: Settler Colonialism and the Built Environment in Palestine» ab. Weil Lambert es ablehnte, eine Erklärung der ETH zu unterzeichnen, die den Terroranschlag von Hamas und Dschihad verurteilt, die Palästinenser:innen und ihre legitimen Rechte aber mit keinem Wort erwähnt, warf sie ihm vor, sich zu wenig von Gewalt zu distanzieren. In einem offenen Brief¹⁹ kritisieren rund 2000 Fachkolleg:innen die ETH-Leitung, sich in einem Klima der Zensur von Wissenschaftler:innen, die für die Rechte der Palästinenser:innen eintreten, dem Druck des Boulevards zu beugen und «in skandalöser Abstraktion» im Ton «legendärer (kolonialer) Schweizer «Neutralität» Palästina und die Palästinenser:innen auszulöschen.

Die Beispiele sind symptomatisch. Diese koloniale Gewalt, die den Umgang Israels mit den Palästinenser:innen kennzeichnet, wird von Schweizer Hochschulleitungen, den grossen Medien und Parlamentarier:innen mehrheitlich ignoriert. Während die Studierenden den Angriff palästinensischer Milizen vom 7. Oktober in den Kontext jahrzehntelanger institutionalisierter Gewalt und Unterdrückung der Palästinenser:innen stellen und aufzeigen, welche Schlüsselrolle auch akademische Institutionen dabei spielen, gilt die Sorge der Rektorate der reibungslosen Aufrechterhaltung des Betriebs oder der Wortwahl, mit der israelische Politik ihrer Ansicht nach kritisiert werden darf – oder auch nicht. Statt sich einer Diskussion über Apartheid, Genozid und Siedlerkolonialismus zu stellen, greifen sie zu autoritären Ordnungsrufen und überlassen deren Durchsetzung der Polizei.²⁰ Statt die systematischen Angriffe auf palästinensische Bildungseinrichtungen zu verurteilen und einen Waffenstillstand zu fordern, faseln sie von der Notwendigkeit, zum Schutz von Studierenden, die angesichts der politischen Proteste Unbehagen empfinden, diese von den Unis fernzuhalten. Statt einer kritischen, auch kontroversen Auseinandersetzung mit den Strukturen und Mechanismen der Unterdrückung und der europäischen und Schweizer Mitverantwortung für deren Aufrechterhaltung verbieten sie den Ruf nach Befreiung (vom Jordan bis zum Mittelmeer) und verschansen sich hinter der selbstherrlichen und elitären Behauptung, wissenschaftliche Institutionen dürften niemals boykottiert werden, da von ihnen der (positive) Wandel ausgehe.

Diese Haltung bleibt nicht unwidersprochen. Immer wieder verteidigen Angehörige des Mittelbaus und Professor:innen die Legitimität von Studierendenprotesten, solange sie gewaltlos sind.²¹ Rund 600 Dozierende und Forschende kritisieren in einem vierseitigen Schreiben²² den Einsatz von Gewalt und die Einschüchterung von friedlich protestierenden Studierenden sowie eine gefährliche Verkennung des Wesens der Hochschulautonomie. Es sei wichtig, sich gegen die Einflussnahme politischer Akteur:innen auf die Ausrichtung der Forschung und gegen die öffentliche Dif-

famierung von Forschenden zu wehren. In einem kurzen Antwortschreiben weicht swissuniversities, der Dachverband der Schweizer Hochschulen, den Bedenken der Autor:innen im Wesentlichen aus. Auch Amnesty International zeigt sich besorgt über die in ganz Europa und auch in der Schweiz zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte. In einer Medienmitteilung vom 15. Mai werden die Einschüchterungsversuche der Hochschulleitungen kritisiert und an die Pflicht der Universitäten erinnert, die Meinungsfreiheit zu garantieren.²³ In einem neuen Bericht heisst es: «Europaweit schaffen repressive Gesetze und Massnahmen in Verbindung mit ungerechtfertigten Praktiken und dem missbräuchlichen Einsatz von Überwachungstechnologien ein toxisches Umfeld, das eine ernsthafte Bedrohung für friedliche Proteste und deren Organisator*innen und Teilnehmer*innen darstellt.»²⁴ Zudem ist von einem «beunruhigenden Trend der Verunglimpfung durch die Behörden» die Rede, der darauf abziele, Demonstrierende und Proteste zu delegitimieren. Zur Situation in der Schweiz mit ihren unübersichtlichen kantonalen Regeln will Amnesty im Herbst einen Bericht herausgeben.

Obwohl die Repression insbesondere für Studierende aus dem Ausland oder in prekären Verhältnissen ein hohes Risiko bedeutet und die Polizeieinsätze von allen Betroffenen als einschüchternd bezeichnet werden, lassen sie sich dadurch nicht von ihrem Protest abbringen. Viele Studierende betonen, die Dimension der Proteste reiche weit über das Thema Palästina hinaus und habe ihren Blick auf die Welt und die gesellschaftlichen Strukturen generell verändert – so etwa in Bezug auf Diskriminierung und Rassismus oder Repression und Überwachung, die sie in einen globalen Kontext setzen. Die Reaktion der Rektorate wird als Bedrohung der Meinungs- und Forschungsfreiheit und demokratischer Gesellschaften wahrgenommen und die Medienberichterstattung sowohl bezüglich der Situation in Gaza als auch der Proteste und ihrer Anliegen als völlig inadäquat erlebt. Beides verdeutlicht, wie opportunistisch und den eigenen Privilegien verpflichtet etablierte Institutionen in diesem Land reagieren und wie wenig sie bereit sind, sich mit dem Erbe kolonialer Ausbeutung und rassistischer Dominanz zu befassen, die auch im westlichen Umgang mit den Rechten der Palästinenser:innen eine entscheidende Rolle spielen. Die Hochschulen verarmen zudem die politische Brisanz von Forschungsprojekten und Kooperationen und tragen dazu bei, das israelische Apartheidregime vor Konsequenzen für seine systematischen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu schützen. Wobei das Bewusstsein über diese Zusammenhänge gerade in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, auf deren «Exzellenz» und wirtschaftliche Rentabilität die Universitäten so stolz sind, viel schwächer ausgeprägt ist als in den Sozial- und Geisteswissenschaften.

In deutlichem Gegensatz dazu steht das subjektive Erleben der an den Protesten beteiligten Studierenden, die betonen, dass mit hoher Motivation und

Enthusiasmus in kurzer Zeit demokratische Formen der Selbstorganisation entwickelt wurden, die es sonst an den Unis nicht gibt. Die Stimmung wurde als partizipativ und inklusiv erlebt, es fand ein Wissensaustausch über Städte und Länder hinweg statt, öffentlich zugängliche Medienkanäle (insb. Instagram und WhatsApp) wurden eingerichtet, um über Ergebnisse der Recherchen, Forderungen und Updates zu den Protestformen zu kommunizieren.²⁵ Überraschend war die grosse Unterstützung der Protestcamps aus der Nachbarschaft, beispielsweise durch Essensspenden. Eine Studentin der Musikakademie fasst ihre Erfahrung so zusammen: «In der Ausbildung lernen wir, sehr genau Musik zu hören; in der Bewegung haben wir gelernt, uns gegenseitig zuzuhören. Es war eine überwältigende Erfahrung, nach Monaten der Anspannung aus der Isolation auszubrechen. Gerade als Musiker:innen agieren wir in grosser Abhängigkeit von Institutionen und in einem sehr kompetitiven, leistungsorientierten Umfeld.» Als sehr bewegend wurden die Abendprogramme erlebt, mit palästinensischer Musik, Informationsaustausch, Momenten der gemeinsamen Trauer und Strukturen der gegenseitigen Unterstützung – kurzum kreative Formen der Gemeinschaftsbildung, die auch private Beziehungen verändert haben und die Basis für die weitere Zusammenarbeit bilden. Denn allen ist klar, dass selbst mit einem hoffentlich bald ausgerufenen definitiven Waffenstillstand die Mobilisierung für eine dauerhafte Überwindung der Strukturen der israelischen Apartheid weitergehen müssen. Dazu gehört, die Kooperationen und Forschungsprogramme mit israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die es insbesondere, aber nicht nur in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern gibt, genauer zu durchleuchten und den Druck zu erhöhen, damit die Schweizer Hochschulen diese aufkündigen und Schweizer Unternehmen ihre Investitionen in solchen Institutionen zurückziehen. Daneben brauchen auch die Studierenden und Dozent:innen im Gazastreifen ganz konkrete Hilfe. In einem gemeinsamen Aufruf vom 20. Mai 2024 erinnern über 150 palästinensischen Akademiker:innen und Universitätsmitarbeitende an ihre Existenz und bekräftigen ihre Entschlossenheit, trotz der Zerstörung des Hochschulsektors im Gazastreifen durch das israelische Militär Lehre und Forschung an ihren Institutionen wieder aufzunehmen. Um dem anhaltenden Scholastizid entgegenzuwirken, rufen sie zu internationaler Unterstützung auf, um die Universitäten in Gaza zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder öffnen zu können.²⁶

Mit Dank an die Studierenden, auf deren Informationen sich dieser Artikel stützt.

- 1 www.theintercept.com/2024/05/16/university-college-professors-israel-palestine-firing-oder www.tinyurl.com/JodiDeanEntlassung, Für Frankreich z.B. www.comondreams.org/news/franco-is-burgat. Auch an israelischen Bildungseinrichtungen, deren Angestellte lange Zeit einen relativ gesicherten Status genossen, nimmt die Repression gegen Andersdenkende immer schärfere Züge an. Zwei israelische Forscher:innen warnen in einem Artikel davor, dass Israel mit einem Gesetzesentwurf zur Unterdrückung jeder Dissidenz an Hochschulen, der gute Chancen hat, in der Knesset eine Mehrheit zu finden, einen beängstigenden Schritt in Richtung Faschismus macht. www.tinyurl.com/fascism-academic-dissent.
- 2 www.wikipedia.org/wiki/2024_pro-Palestinian_protests_on_university_campuses.
- 3 www.tinyurl.com/SolidaritaetNGOs.
- 4 www.tinyurl.com/MondoweissCUNYProzesse.
- 5 www.tinyurl.com/WikipediaListeProteste und www.tinyurl.com/ZeittListeProteste. Die Listen sind unvollständig, wie Einträge zur Schweiz zeigen, wo an den Hochschulen und andren Bildungseinrichtungen aller grösseren Städte eine Bewegung entstanden ist.
- 6 www.middleeasteye.net/news/uk-new-network-pro-palestine-student-groups-launches-following-encampments.
- 7 Zur Aufkündigung von Partnerschaften zwischen spanischen und israelischen Unis, siehe www.elpais.com/educacion/2024-05-24/el-choque-entre-universidades-espanolas-e-israelies-crece-130-grupos-de-investigacion-presionan-para-que-mas-campus-rompan-relaciones.html.
- 8 Siehe Norwegen, Spanien, die Niederlande, Belgien und Italien. Eine Karte mit den wichtigsten Universitäten, die den Forderungen der Studierenden komplett oder teilweise entgegengekommen sind, findet sich unter www.google.com/maps/d/viewer?mid=1f7t1RcPwfP_gauzJW9pLp0Se81erFw0.
- 9 www.theguardian.com/us-news/article/2024/aug/17/campus-protest-rules
- 10 www.theguardian.com/us-news/article/2024/may/10/peaceful-pro-palestinian-campus-protests.
- 11 Selbst wenn es vereinzelt zu antijüdischen Vorfällen gekommen sein mag, ist bei diesen Vorwürfen Vorsicht geboten, da viele Medien und prozionistische Kreise nicht klar zwischen Israelkritik und Antisemitismus unterscheiden.
- 12 www.bdsmovement.net/pacbi.
- 13 www.tinyurl.com/OffenerBriefLehrendeDE.
- 14 Zu das Interview mit dem Philosophieprofessor Robin Celikates, www.tinyurl.com/Celikates, oder das Grundsatzpapier zu Hochschulprotesten der beiden britischen Juristen Jeff King und David Mead, www.tinyurl.com/Menschenrechtsexperten.
- 15 www.aaup.org/news/new-aaup-statement-academic-boycotts
- 16 www.tagesanzeiger.ch/israelkritik-basler-unirektorin-gibt-fehler-zu-746133817490.
- 17 www.tinyurl.com/OffenerBriefRektorinBS.
- 18 www.tinyurl.com/GeorgKreisPostkolonialismus. Auch Giorgio Miescher vom Zentrum für Afrikastudien sieht die Notwendigkeit, angesichts einer sehr verengten Diskussionskultur die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen. www.tinyurl.com/GHMiescherWissenschaftsfreiheit.
- 19 www.thefunambulist.net/editorials/eth-zu-rich-censors-talk-palestine-leopold-lambert.
- 20 Vgl. dazu die Zusammenstellung auf www.academic-freedom-and-democracy.ch.
- 21 Z.B. der Strafrechtler Markus Schefer, www.tinyurl.com/MScheferUniproteste.
- 22 www.academic-freedom-and-democracy.ch.
- 23 www.tinyurl.com/AmnestySchweizUnis.
- 24 www.tinyurl.com/AmnestyRechProtest.
- 25 www.cep-epfl.ch/en/demands.html.
- 26 www.gazauniversities.org «We built these universities from tents. And from tents, with the support of our friends, we will rebuild them once again.» Und *Call by Gaza Academics and Administrators to the World*, 29.5.2024 www.aljazeera.com/opinions/2024/5/29/open-letter-by-gaza-academics-and-university-administrators-to-the-world



Ein Protestcamp zur Unterstützung Palästinas auf den Stufen der Sproul Hall an der University of California in Berkeley (USA) am 25. April 2024. Foto: Mx. Granger.



Historisches Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs

Am 19. Juli 2024 hat der Internationale Gerichtshof ein bahnbrechendes Rechtsgutachten¹ veröffentlicht, das unabhängig vom jetzigen Krieg im Gazastreifen erstellt wurde. Das Gericht bekräftigt zwingende Normen, die eine Annexion, den Bau von Siedlungen, Rassentrennung und Apartheid verbieten. Es betont, dass das Grundrecht der palästinensischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und Frieden nicht verhandelbar ist, Israel seine Siedler:innen aus dem gesamten besetzten Gebiet abziehen sowie die durch seine Aktivitäten verursachten Schäden kompensieren muss. Um diesem Urteil Nachdruck zu verleihen, veröffentlichten am 30. Juli 2024 38 unabhängige, vom UN-Menschenrechtsrat in Genf ernannte Menschenrechtsexpert:innen einen Aufruf² mit der Forderung an alle Staaten, diesem Urteil unverzüglich Folge zu leisten, indem sie alle diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu Israel überprüfen, ein Waffenembargo und gezielte Sanktionen erlassen, Gesetze und Richtlinien, die den Widerstand gegen die israelische Politik bestrafen, aufheben sowie Ermittlungen und Strafverfolgungen gegen an Verbrechen beteiligte Personen im besetzten palästinensischen Gebiet aufnehmen. «Der Gerichtshof wies die Vorstellung zurück, dass die palästinensische Selbstbestimmung nur durch bilaterale Verhandlungen mit Israel erreicht werden kann – eine Forderung, die die Palästinenser:innen 30 Jahre lang Gewalt, Enteignung und Rechtsverletzungen ausgesetzt hat», heisst es darin.³ In der nachfolgenden Analyse erklärt Craig Mokhiber, Menschenrechtsanwalt und ehemaliger UN-Beamter, warum das jüngste Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zur illegalen Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel für die UN-Mitgliedsstaaten bindend und für die BDS-Bewegung wertvoll ist.

1 www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf.

2 www.ohchr.org/en/press-releases/2024/07/experts-hail-icj-declaration-illegality-israels-presence-occupied

3 Empfehlenswert dazu ist auch der ebenfalls auf Mondo-weiss veröffentlichte Artikel von Craig Mokhiber: «Der Internationale Gerichtshof hat die Oslo-Kriegslist beendet», Auf Deutsch nachzulesen im Newsletter des Palästina-Komitees Stuttgart unter www.senderfreiespalastina.de/pdfs/der-internationale-gerichtshof-hat-oslo-beendet.pdf.

Der IGH stellt fest, dass BDS nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht ist

Das verbindliche Urteil des IGH zur israelischen Besatzung macht deutlich, dass Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen die israelische Besatzung, Kolonialisierung und Apartheid nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch eine rechtliche Pflicht sind.

Israel und seine Lobby versuchen seit Jahren, Israel von der Rechenschaftspflicht zu befreien, indem sie ihren Einfluss im Westen nutzen, um organisierte Opposition gegen Israel effektiv zu verbieten. An erster Stelle dieser Bemühungen steht die israelische Kampagne zur Sanktionierung von Aufrufen zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel wegen dessen schweren Menschenrechtsverletzungen. So wurden in den USA und im gesamten Westen zahllose Gesetze erlassen und politische Massnahmen verhängt, die zentrale Verfassungsgrundsätze und international garantierte Menschenrechte mit Füßen treten, um Israel vor Strafverfolgung zu schützen. Das im vergangenen Monat vom Internationalen Gerichtshof (IGH) veröffentlichte Rechtsgutachten dürfte nun dazu beitragen, dies zu ändern.

In seinem historischen Urteil stellt der IGH fest, dass die israelische Besetzung des Westjordanlands, Ostjerusalems und des Gazastreifens gänzlich unrechtmässig ist, dass Israel Apartheid und Rassentrennung praktiziert und dass alle Staaten verpflichtet sind, dazu beizutragen, dass dieser Zustand beendet wird, unter anderem durch den Abbruch aller Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen mit Israel im besetzten palästinensischen Gebiet. Mit anderen Worten: Alle Länder sind völkerrechtlich verpflichtet, sich an einem Wirtschaftsboykott gegen Israels Aktivitäten im besetzten palästinensischen Gebiet zu beteiligen und sich von allen dort bestehenden Geschäftsbeziehungen zu trennen.

Da das Gericht an die Vorgaben der Fragestellung der UN-Generalversammlung gebunden war, die seinen Erkenntnissen zugrunde liegt, ging es nicht auf die Verpflichtungen im Zusammenhang mit Aktivitäten innerhalb der Grünen Linie von 1948 ein. Die verbindliche Erklärung des Gerichts zu den Erfordernissen, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, macht jedoch

deutlich, dass BDS-Befürworter:innen nicht nur moralisch legitimiert, sondern auch völkerrechtlich solid abgesichert sind.

Das Rechtsgutachten des IGH von Juli folgt auf die Einleitung eines Völkermordverfahrens gegen Israel vor dem IGH im vergangenen Dezember und auf einen Antrag des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) vom Mai 2024 auf Erlass von Haftbefehlen gegen den israelischen Premierminister und den israelischen Verteidigungsminister wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschliesslich Vernichtung. Zusammen stellen sie eine historische Abkehr von 76 Jahren westlich geförderter israelischer Sonderstellung und Straffreiheit dar und nähren die Hoffnung auf eine neue Ära der Rechenschaftspflicht.

Israel und seine westlichen Verbündeten, denen Komplizenschaft mit Israels Völkerrechtsverletzungen vorgeworfen wird (allen voran die USA, Grossbritannien und Deutschland), haben folglich alles daran gesetzt, sich den Massnahmen dieser Gerichte zu widersetzen, sie zu verzögern und zu behindern, indem sie in die Gerichtsverfahren eingriffen und in einigen Fällen sogar Gerichtsbeamte bedrohten. In der Tat wurde das Verfahren zur Erteilung von Haftbefehlen durch den IStGH im Vergleich zu früheren Fällen übermässig hinausgezögert. Dennoch erging das IGH-Gutachten termingerecht wie auch kompromisslos in Hinblick auf die Anwendung des Völkerrechts auf Israel.

Israel und seine Verbündeten verbreiten zudem die Schutzbehauptung, Gutachten des IGH seien «nicht bindend» und das Gericht könne einen Staat nicht zwingen, seinen Entscheidungen nachzukommen. Diese Taktik lässt jedoch ausser Acht, dass die Gesetze, auf die sich das Gericht in seiner massgeblichen Stellungnahme bezieht, tatsächlich für alle Staaten bindend sind. So stellte das Gericht beispielsweise fest, dass das Recht der Palästinenser:innen auf Selbstbestimmung, ihre Rechte in Bezug auf die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht sowie das Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs durch Israel sogenannte «erga omnes»-Verpflichtungen auferlegen, d. h. verbindliche Verpflichtungen, die für alle Länder gelten.

Zu diesen Verpflichtungen gehört die Pflicht, die Besatzung in keiner Weise anzuerkennen oder zu unterstützen, und die Pflicht, Massnahmen zu ergreifen, um die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes zu verwirklichen. Daraus folgt, dass jede Politik oder Handlung eines westlichen Landes rechtswidrig wäre, die in irgendeiner Weise die israelische Besatzung anerkennt, Israel (wirtschaftlich, militärisch, diplomatisch usw.) bei dieser Besatzung unterstützt oder seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen verbietet, das Völkerrecht zu achten, indem sie die illegale israelische Besatzung boykottieren oder Investitionen daraus zurückziehen.

Klar werden die USA, die seit Langem die zwingenden Normen des Völkerrechts ignorieren und sich seit Jahrzehnten bemühen, eine Ausnahme für Israels Straffreiheit zu etablieren, die Ergebnisse des Gerichts

wohl zurückweisen und sich der Durchführungsresolution der UN-Generalversammlung widersetzen, die folgen dürfte. Einige andere westliche Staaten, die in die israelische Achse investiert haben, wie Grossbritannien und Deutschland, könnten diesem Beispiel folgen. Höchstwahrscheinlich werden aber die meisten Länder, einschliesslich anderer westlicher Staaten, ihre Politik anpassen, um die Einhaltung der Gesetze zu gewährleisten.

Gruppen und Einzelpersonen, die von Bestrebungen betroffen sind, BDS zu kriminalisieren oder Menschen zur Verurteilung von BDS zu nötigen, haben nun ein wichtiges neues Instrument in ihrem juristischen Arsenal, wenn sie ihre Rechte administrativ oder gerichtlich geltend machen. Sie können sich nun auf das verbindliche Urteil des Weltgerichtshofs berufen, um glaubhaft zu machen, dass die Beteiligung an Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen die israelische Besatzung, Kolonisierung und Apartheid nicht nur ein moralisches Gebot und ein Verfassungs- und Menschenrecht ist, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung.

Quelle

www.mondoweiss.net/2024/08/the-icj-finds-that-bds-is-not-merely-a-right-but-an-obligation, *Mondoweiss*, 13. August 2024.

Craig Mokhiber ist internationaler Menschenrechtsanwalt und ehemaliger hoher UN-Beamter. Er verliess die Vereinten Nationen im Oktober 2023, nachdem er einen viel beachteten Brief verfasst hatte, in dem er vor einem Völkermord in Gaza warnte, die internationale Reaktion kritisierte und einen neuen Ansatz für Palästina/Israel auf der Grundlage von Gleichheit, Menschenrechten und Völkerrecht forderte.



Proteste in und um die Columbia University in New York City (USA) zur Unterstützung Palästinas am 22. April 2024.
Foto: Swinx

Lektüreempfehlungen

«Shut Down Nation»

In einem Beitrag auf [mondoweiss](http://mondoweiss.net) analysiert der in Deutschland lebende Ökonom und Koordinator der Kampagne für ein Militärembargo für den palästinensischen BDS-Ausschuss (BNC), Shir Hever, die Wirtschaftskrise, die Israel vor dem Hintergrund des Kriegs gegen den Gazastreifen momentan im Griff hält. Von westlichen Medien totgeschwiegen, werden die massiven Einbrüche in der Wirtschaft und den internationalen Kooperationen in israelischen Medien besorgt kommentiert. Während das Gemetzel weitergeht, boykottieren immer mehr Länder und Unternehmen Israel. Andere boykottieren es diskret, also ohne es anzukündigen. Zehntausende KMU sind in Konkurs gegangen, der Tourismus ist fast zum Erliegen gekommen, ausländisches Kapital zieht ab und viele Israelis verschieben ihr Vermögen ins Ausland, Forschungsk Kooperationen brechen ein und viele der bestausgebildeten und qualifizierten Israelis kehren dem Land den Rücken. Nur die Rüstungsindustrie boomt und im Hightech-Sektor kaufen ausländische Unternehmen Firmen zu Schnäppchenpreisen auf. Israel hat stark auf seine Innovationskraft und Zukunftsvisionen gesetzt. Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt, wie wesentliche Faktoren der Innovation verloren gehen und sich die Zukunft des Landes verdüstert.

Shir Hever, «The end of Israel's economy», www.mondoweiss.net/2024/07/the-end-of-israels-economy, 19. Juli 2024

Zum selben Thema siehe auch «The Israel Boycott is working and it is DEVASTATING, but the media are hiding it» mit Zitaten aus israelischen Medien, Redacted News, www.youtube.com/watch?v=AwgybF0H32A vom 13.6.2024

Die Logik der endlosen Gewalt

In einem so aufschlussreichen wie erschütternden Gastbeitrag in der Serie «The long read» im britischen Guardian beschreibt der in den USA lebende israelische Professor für Holocaust- und Völkermordstudien seine Eindrücke über den mentalen Zustand der israelischen Gesellschaft, die den Völkermord im Gazastreifen ohne Zögern zulässt und als unvermeidbar empfindet. Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bilden eine Begegnung mit Studierenden einer rechtsradikalen Organisation, die im Gazastreifen im Einsatz waren, und Aussagen von Freund:innen, die jede Diskussion über die Rechtmässigkeit des israelischen Vorgehens in Gaza abblocken. Vor dem Hintergrund

seiner Studien zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Unterstützung ehemaliger Nachbarn an der Judenverfolgung im ursprünglich gemischt bevölkerten Herkunftsdorf seiner Mutter in Polen fragt Bartov nach den mentalen bzw. ideologischen Voraussetzungen einer Gesellschaft, die zu den schlimmsten Verbrechen bereit ist und sich dabei völlig im Recht fühlt. Die Ursachen für den aktuellen Zustand sieht er tief im Selbstverständnis und der Geschichte Israels verankert.

Nachfolgend ein paar Ausschnitte:

«Als ehemaliger Soldat der israelischen Armee (IDF) und Historiker des Völkermords war ich bei meinem jüngsten Besuch in Israel zutiefst beunruhigt. In diesem Sommer protestierten rechtsextreme Studierende gegen eine meiner Vorlesungen. Ihre Rhetorik erinnerte an einige der dunkelsten Momente der Geschichte des 20. Jahrhunderts – und deckte sich in schockierendem Ausmass mit den Ansichten des israelischen Mainstreams. [...]

Diese persönlichen Erfahrungen weckten mein Interesse an einer Frage, die mich schon lange beschäftigt: Was motiviert Soldat:innen zum Kämpfen? In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vertraten viele amerikanische Soziolog:innen die Ansicht, dass Soldat:innen in erster Linie füreinander kämpfen und nicht für ein größeres ideologisches Ziel. Aber das passte nicht ganz zu dem, was ich als Soldat erlebt hatte: Wir glaubten, dass wir für eine grössere Sache kämpften, die über unsere eigene Gruppe von Kamerad:innen hinausging. Als ich mein Studium abgeschlossen hatte, begann ich mich auch zu fragen, ob Soldat:innen im Namen dieser Sache zu Handlungen gezwungen werden konnten, die sie sonst als verwerflich empfunden hätten. [...]

Heute herrschen in weiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit, auch bei Regierungsgegner:innen, zwei Gefühle vor: erstens eine Kombination aus Wut und Angst, der Wunsch, die Sicherheit um jeden Preis wiederherzustellen, und ein völliges Misstrauen gegenüber politischen Lösungen, Verhandlungen und Versöhnung. Der Militärtheoretiker Carl von Clausewitz stellte fest, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, und warnte davor, dass er ohne ein definiertes politisches Ziel zu grenzenloser Zerstörung führen würde. Die Stimmung, die jetzt in Israel vorherrscht, droht ebenfalls den Krieg zu seinem eigenen Zweck zu machen. In dieser Sichtweise ist die Politik ein Hindernis für die Erreichung von Zielen und nicht ein Mittel zur Begrenzung der Zerstörung. Dies ist eine Sichtweise, die letztlich nur zur Selbstvernichtung führen kann.

Die zweite vorherrschende Einstellung – oder vielmehr das Fehlen einer Einstellung – ist die Kehrseite der ersten. Es ist die völlige Unfähigkeit der heutigen israelischen Gesellschaft, Mitgefühl für die Bevölkerung des Gazastreifens zu empfinden. Die Mehrheit, so scheint es, will nicht einmal wissen, was in Gaza geschieht, und dieser Wunsch spiegelt sich in der Fernsehberichterstattung wider. [...]

Natürlich hat sich die israelische Öffentlichkeit längst an die brutale Besatzung gewöhnt, die das Land in 57 der 76 Jahre seines Bestehens geprägt hat. Aber das Ausmass dessen, was die Armee derzeit im Gazastreifen verübt, ist ebenso beispiellos wie die völlige Gleichgültigkeit der meisten Israelis gegenüber dem, was in ihrem Namen geschieht. [...]

Dies ist die Logik der endlosen Gewalt, eine Logik, die es erlaubt, ganze Bevölkerungen zu vernichten und sich dabei völlig gerechtfertigt zu fühlen. Es ist eine Logik des Opferdaseins – wir müssen sie töten, bevor sie uns töten, wie sie es zuvor getan haben – und nichts stärkt die Gewalt mehr als ein rechtschaffenes Gefühl des Opferdaseins.»

Omar Bartov, As a former IDF soldier and historian of genocide, I was deeply disturbed by my recent visit to Israel, The Guardian, The long read, 13. August 2024, www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov?src=longread

The Unpunished:

How Extremists Took Over Israel

«Nachdem es 50 Jahre lang nicht gelungen ist, die Gewalt und den Terror der jüdischen Ultranationalist:innen gegen die Palästinenser:innen zu stoppen, ist die Gesetzlosigkeit zum Gesetz geworden.»

Wie ein Krimi liest sich der detaillierte Artikel der beiden Autoren Ronen Bergman und Mark Mazzetti im New York Times Magazine. Sie zeigen auf, wie immer extremere und gewaltbereitere Persönlichkeiten und Gruppen in Israel bis ins Zentrum der Macht aufsteigen konnten und heute Ministerposten bekleiden. Israel-kritische Kräfte kritisieren seit Langem die Straflosigkeit, die Israel für seine Völker- und Menschenrechtsverletzungen im Ausland und insbesondere bei seinen westlichen Verbündeten genießt. Genauso problematisch, aber in ihrer bedrohlichen Dimension oft nicht wahrgenommen, ist eine Entwicklung in Israel selbst: dass seit Beginn der Besetzung palästinensischen Gebiets 1967 innerhalb der israelischen Behörden ein Klima des Wohlwollens und der Duldung rechtswidriger Praktiken der Siedlerbewegung vorherrscht, diese immer gewaltbereiter ist und sich immer weiter radikalisiert hat, sodass heute Kräfte dominieren, die Rechtsstaatlichkeit und die auch selektiv nur für die jüdische Bevölkerung geltende Demokratie offen ablehnen. Gestützt auf zahlreiche Interviews mit ehemaligen Verantwortlichen aus Justiz, Geheimdienst, Militär und Staatsapparat, kommen die Autoren zum Schluss, dass das Wissen um die Radikalisierung und die zunehmende Gefahr durch terroristische Siedler:innen den Verantwortlichen sehr wohl bewusst war, sie aber angesichts der politischen Unterstützung dieser Kräfte von juristischen oder administrativen Konsequenzen weitgehend abgesehen haben. Aufschreckende Berichte wurden schubladisiert, die Generalstaatsanwaltschaft hat wiederholt von Strafverfolgung bekannter

Extremisten abgesehen, Regierungschefs begnadigen überführte Kriminelle, Ministerialbeamte schleusen Mittel in den Ausbau der Siedlungen, Armee und Geheimdienst sehen Gewalttaten der Siedler:innen meist tatenlos zu und die Polizei bekennt, zur Durchsetzung des Gesetzes nicht in der Lage zu sein. Das Fazit der Autoren: «Nach 50 Jahren straffreier Kriminalität sind die gewalttätigen Siedler:innen und der Staat in vielerlei Hinsicht eins geworden.» Dem Ziel gehorchend, sich insbesondere das Westjordanland auch gewaltsam anzueignen, dürfte ein offener Krieg für die radikalsten Teile der Siedlerbewegung heute eine willkommene Option darstellen. Nach Einschätzung des früheren Premierministers Ehud Olmert wollen die Ultrarechten eine «Intifada, weil sie der ultimative Beweis dafür ist, dass es keine Möglichkeit gibt, mit den Palästinenser:innen Frieden zu schliessen, und dass es nur einen Weg gibt – sie zu vernichten.»

Ronen Bergman, Mark Mazzetti, The Unpunished: How Extremists Took Over Israel, New York Times Magazine, 16. Mai 2024

www.nytimes.com/2024/05/16/magazine/israel-west-bank-settler-violence-in-punishment.html?unlocked_article_code=1.sU0.NoRL.5u-3inAqDEc3



Repression aus Gründen der Staatsräson

Auch wenn in vielen Ländern propalästinensische Solidarität und Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch verfolgt und kriminalisiert wird, nimmt die obsessiv betriebene bedingungslose Verteidigung der israelischen Kriegspolitik durch Deutschland eine Sonderstellung ein und wird zunehmend zu einem Instrument für Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese Position gilt den deutschen Regierungen seit 2008 als Ausdruck einer spezifischen Staatsräson, der alles andere unterzuordnen ist und die es ermöglicht, sich von rechtlichen Bindungen zu lösen. In Sachsen-Anhalt ist es bereits Voraussetzung für die Einbürgerung, sich zum Existenzrecht des Staats Israel zu bekennen. Die Innenministerien von Bund und Ländern schlagen vor, das Strafrecht zu verschärfen, um besser gegen antiisraelische Äußerungen vorgehen zu können. Auch die führenden Medien, die DGB-Gewerkschaften und die Parteien bis hin zur Linken (PdL) ordnen sich geflissentlich unter.

Damit wird eine unter den westlichen Staaten einzigartige innenpolitische Repression und Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gerechtfertigt. Auch im Bereich der Kunst und Kultur richtet sich die Staatsräson gegen alle, die diese nicht teilen: Willkürlich werden Einreise-, Versammlungs- und Betätigungsverbote verhängt, wie beim «Palästina-Kongress» in Berlin. Ginge es um Antisemitismus, wäre wohl das TV-Duell unterbunden worden, wo Björn Höcke von der AfD als Galionsfigur der deutschen Faschisten zur gleichen Zeit seine Propaganda verbreitete. Aber im Gegensatz zu den Angehörigen und Unterstützer:innen derjenigen, die in Gaza auch mit deutschen Waffen ermordet werden, durfte er reden. Offenbar verstößt Palästinasolidarität mehr gegen die Staatsräson als Faschismus.

In der 2019 im Bundestag verabschiedeten BDS-Resolution werden Institutionen aufgefordert, niemandem eine Plattform zu bieten, der auch nur im Entferntesten mit BDS in Verbindung stehen könnte. In der Folge verloren Künstler:innen, Journalist:innen oder Wissenschaftler:innen ihre Jobs und reihenweise werden Veranstaltungen abgesagt, wenn unter den Eingeladenen jemand Sympathien für Palästina geäußert hat. Auch im Wissenschaftssektor herrscht der McCarthyismus: Im April wurde die jüdische US-Philosophin Nancy Fraser von einer Ehrendozentur der Uni Köln ausgeschlossen, weil sie mit mehr als 400 Intellektuellen unter anderem ein Ende der israelischen Besatzung gefordert hatte, oder in Berlin drohte der Entzug von Fördermitteln für Lehrende, die öffentlich die Räumung eines Protestcamps kritisiert hatten.

Auch wenn unter diesen Umständen die Solidarität mit Palästina schwieriger als in anderen westlichen Ländern ist, bleibt sie doch eine unabdingbare Aufgabe für alle Internationalist:innen.

Erfolge trotz Gegenwind: Palästina-Solidarität in Österreich

Zwar verhält sich die Polizei weitgehend zurückhaltend im Vergleich zum Nachbarland Deutschland, doch werden auch in Österreich der Solidaritätsbewegung mit Palästina einige Steine in den Weg gelegt – die Repression hat auf allen Ebenen seit dem 7. Oktober enorm zugenommen.

Als am 11. Oktober eine erste größere Demonstration angemeldet wurde – kleine Kundgebungen gab es auch die Tage zuvor –, wurde diese kurzerhand untersagt. Weit über 1000 Personen kamen zusammen, was auch die Exekutive überraschte, die erst Verstärkung rufen musste. Schlussendlich gab es über 400 Anzeigen.

In den folgenden Wochen und Monaten gab es regelmässige Demonstrations- und Kundgebungsverbote. Überwiegend hing dies mit Auflagen im Bezug zum Spruch «From the river to the sea, Palestine will be free» oder Abwandlungen davon zusammen. Doch zuletzt gelang der Bewegung eine Reihe von wichtigen Siegen vor Gericht.

So gab das Wiener Verwaltungsgericht Mitte August der Beschwerde des Arabischen Palästina-Clubs (APC) gegen die Untersagung einer Kundgebung am 12. Dezember 2023 statt. Grund für die Untersagung der Kundgebung war die Parole «Vom Jordan zum Mittelmeer: keinen Zionismus mehr». Am 30. November 2023 war bereits eine Kundgebung des APC unter «Stand with Gaza» aufgelöst worden, nachdem die Organisator:innen der Aufforderung der Polizei, den Slogan zu unterlassen, nicht gefolgt waren.

Die Polizei behauptete, die Parole sei eine Abwandlung des ebenfalls untersagten «From the river to the sea, Palestine will be free». Der APC hingegen argumentierte, dieser sei «eine Präzisierung der Forderung, ein für die Araber:innen in Palästina nachteiliges, auf dieser Ideologie basierendes Regime zu beenden». Der Verwaltungsgerichtshof urteilte nun, dass die Untersagung rechtswidrig war: «Das ist ein kleiner Erfolg im Kampf gegen Zionismus und Polizeiwillkür», zeigte sich Mohammed Aborous vom APC mir gegenüber erfreut.

Rechtsanwältin Astrid Wagner, eine der Spitzenkandidatinnen der Liste Gaza, die am 29. September zu den Parlamentswahlen in Österreich antritt, reichte aufgrund der Polizei- und Behördenwillkür am 2. September eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch gegen die grüne Justizministerin Alma Zadic ein: «Im Herbst erliess das Justizministerium ein Dekret, in

dem es den Slogan für strafbar erklärte, weil auch die Hamas ihn verwende. Die Quellen hierfür sind fragwürdig, und ich habe daher eine Strafanzeige gegen die Verantwortlichen im Justizministerium und gegen Justizministerin Alma Zadic vorbereitet», erklärte sie mir.

Im Gegensatz zur Situation in Deutschland, wo in Berlin und Nordrheinwestfalen wegen dem Slogan gegen Aktivist:innen entschieden wurde – im Bundesland Hessen ist es dagegen erlaubt, ihn zu verwenden –, werden die jüngsten Gerichtsurteile in Österreich als Sieg für die Solidaritätsbewegung angesehen: «Dies ist auch für unsere Seite ein grosser Erfolg, was bedeutet, dass die Versuche der Regierung, die propalästinensische Bewegung, die Bewegung für Demokratie und gegen den Völkermord zu illegalisieren und zu kriminalisieren, völlig gescheitert sind, und wir betrachten dies als einen starken Schritt zur Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenser:innen und unserer Rechts auf freie Meinungsäusserung», so Wilhelm Langthaler von der Palästina Solidarität Österreich im Gespräch. Er betont, dass es mittlerweile drei Urteile gibt, in denen die Untersagungen von Kundgebungen und Demonstrationen als rechtswidrig erklärt wurden: «Wir haben bisher alle Gerichtsprozesse gewonnen», so Langthaler. Weitere Termine vor Gericht stehen bevor – der Kampf gegen Repression geht in Österreich weiter.

Dieter Reinisch, Österreich kann auch Repression. Schwerpunktseite, *junge Welt*, 8. April 2024, auf www.jungewelt.de

Dieter Reinisch, How Austria criminalises 'From the River to the Sea' and 'Intifada', *Al Mayadeen*, 14. Juni 2024, auf www.english.almayadeen.net/authors/dieter-reinisch

Dieter Reinisch, Bans, fines, and charges: The repression of the Palestine Solidarity Movement in Austria, *Al Mayadeen*, 31. Mai 2024, auf www.english.almayadeen.net/authors/dieter-reinisch

Dieter Reinisch ist aktiv in der Palästina Solidarität in Österreich. Er arbeitet als Korrespondent für die deutsche Tageszeitung *junge Welt* und die TV-sender *Al Mayadeen* und *Press TV*.



Kundgebung in Toronto (Kanada) am 28. Oktober 2023, organisiert von Toronto4Palestine. Foto: Sikander Iqbal.